174. Freitag den 29. Juli 1859. 174.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. **Bestellungen** nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; **Reklamen** verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr Vormittags** angenommen.

Amtliches.

Berlin, 29. Juli. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Die Wahl des bisherigen Landesältesten, Majors a. D. v. Schönitz auf Klein-Kloden, zum Direktor der Glogau-Saganer Fürstenthums-Landschaft für den sechsjährigen Zeitraum von Johannis 1859 bis dahin 1865; so wie gemäß der von der Stadtverordnetenversammlung zu Frankfurt a. O. getroffenen Wiederwahl den seitherigen Beigeordneten, Regierungsrath a. D. Wilcke, für fernerweite sechs Jahre in gedachtem Amte zu bestätigen.

Der Baumeister Heinrich zu Wehlau ist zum königlichen Kreisbaumeister ernannt und demselben die Kreis-Baumeisterstelle daselbst verliehen worden.

Angekommen: Se. Exzellenz der General der Infanterie, General-Inspekteur der Festungen und Chef des Ingenieurkorps, v. Brese-Winiary, von Stettin.

Nr. 176 des St. Anz.'s enthält Seitens des k. Ministeriums des Innern einen Erlaß vom 27. Juli 1859, betreffend die Aufhebung des Erlasses vom 30. April c. bezüglich der Nichtertheilung von Auslandspässen, Heimathsscheinen und Entlassungs-Urkunden.

Telegramm der Posener Zeitung.

Frankfurt a. M., Donnerstag, 28. Juli Nachmittags. Gutem Vernehmen nach haben in der heutigen Sitzung des Bundestages Oestreich, Preußen und Baden einen gemeinschaftlichen Antrag betreffs der Besatzung der Festung Rastatt eingebracht. Dieselbe soll in Kriegszeiten aus 12,000, in Friedenszeiten aus 6000 Mann bestehen und aus Oestreichern, Preußen und Badensern zusammengesetzt werden. Die Stelle eines Gouverneurs und Artillerie-Direktors soll von Baden, die eines Genie-Direktors von Oestreich und die eines Kommandanten abwechselnd von Oestreich und Preußen besetzt werden. Letztere haben angezeigt, daß sie dahin übereingekommen, in der Kommandantur alle 5 Jahre zu wechseln.

(Eingegangen 29. Juli, 8 Uhr Vorm.)

London, Freitag, 29. Juli, Morgens. In der so eben beendeten Nachtsitzung des Unterhauses erklärte Lord Russell, England sei nicht befugt, in Betreff des wegen Abtretung der Lombardei zwischen Frankreich und Oestreich getroffenen Arrangements mitzusprechen; wichtiger sei jedenfalls die zukünftige Organisation Italiens. Alsdann verliest er die Depesche des Grafen Walewski, durch welche England zur Theilnahme an dem italienischen Kongreß eingeladen wird, und fügt hinzu, die Regierung habe noch nicht zugesagt. Sie wolle erst sehen: 1) ob der Züricher Vertrag die Friedenspräliminarien bestätigen werde; dann sei ein Kongreß überflüssig. Sodann 2) ob die Konföderation Italiens nur begünstigt oder wirklich gebildet werde, und wenn Letzteres, ob alsdann der Papst Präsident und auch Oestreich ein italienischer Bundesstaat werde, was Italien keineswegs wohl bekommen möchte. 3) In welcher Weise man den Großherzog von Toscana, den Herzog von Modena und die Herzogin von Parma zu restauriren gedenke, nachdem Frankreich zuverlässig eine militärische Mitwirkung dazu nicht leisten und eine gewaltsame Restauration durch Oestreich nicht gestatten würde. 4) Endlich, ob der Papst und Oestreich in allen konföderirten Staaten Religionsfreiheit gewähren würden? England werde den Kongreß jedenfalls nur beschicken, wenn er die italienische Freiheit und Unabhängigkeit fördere. — Lord Palmerston erklärt: Die englische Regierung habe an Oestreich nur Frankreichs Vorschläge mit dem Bedeuten übermittelt, daß England keinerlei Rathschläge in dieser Beziehung ertheile. Whiteside verdammt diese Uebermittelung, denn allein daraus wäre Oestreichs Nachgiebigkeit und die Verstimmung des Wiener Kabinets gegen seine natürlichen Bundesgenossen entstanden.

(Eingeg. 29. Juli 12 Uhr 5 Min. Nachm.)

CH Posen, 29. Juli.

Schwerlich kann irgend etwas unerquicklicher für die nationalen Empfindungen Deutschlands sein, als der durch das Manifest des Kaisers Franz Joseph eingeleitete Federkrieg zwischen Preußen und Oestreich. Sollen alle Erfahrungen der entferntern und nähern Vergangenheit, welche mit so eindringlicher Stimme die Mahnung predigen, daß Deutschland nur mit vereinten Kräften sich die ihm gebührende Stellung in Europa erringen und erhalten kann, ohne Frucht bleiben? Sollten die anmaßenden und eigennützigen Absichten des Auslandes, das auf die Zwietracht der deutschen Regierungen seine Spekulation gründet, ihres Erfolges immerdar sicher sein? Fast scheint es so. Allein es frommt auch nicht, die vorhandenen Schäden mit scheuer Hand zu verhüllen. Nicht Preußen hat den ärgerlichen Wortstreit begonnen; aber es darf die ihm ins Angesicht geschleuderten Anklagen nicht stillschweigend hinnehmen. Es schlägt das allein richtige Verfahren ein, indem es die Beweisstücke für den Charakter seiner diplomatischen Aktion der Oeffentlichkeit übergiebt, damit die öffentliche Meinung in voller Sachkenntniß über die Beweggründe und die Absichten seiner Politik entscheiden könne.

Das erste Ergebniß der bisherigen Veröffentlichungen besteht unstreitig darin, daß die Haltlosigkeit der gegen Preußen erhobenen Vorwürfe sich in augenfälligster Deutlichkeit herausgestellt hat. Die „Oestr. Corresp." nimmt Europa zum Zeugen, daß seit Monaten die moralische Aktion Preußens eher gegen als für die Integrität des östreichischen Länderbesitzes in Italien ausgeübt worden sei, während das Berliner Kabinet in der Depesche vom 14. Juni d. J., welche die von Seiten Preußens dem Wiener Hofe vertraulich gemachten Eröffnungen zusammenfaßt, unumwunden die Aufrechthaltung des auf den Verträgen von 1815 beruhenden Territorialbesitzes Oestreichs in Italien als Ziel seines Strebens hinstellt, und keine Thatsache dafür spricht, daß es dieses Ziel aufgegeben, oder nur aus den Augen verloren habe. Die Wiener Organe stützen die Behauptung, daß die Intervention der drei neutralen Großmächte mit den angeblich unter ihnen vereinbarten Vermittelungsvorschlägen Oestreich ungünstigere Bedingungen auferlegt haben würde, als durch unmittelbare Verständigung mit dem Kaiser der Franzosen zu erlangen gewesen, auf ein räthselhaftes Friedensprojekt, über dessen Ursprung und Bedeutung man bisher in Zweifel gelassen wurde; und jetzt erfährt man, daß jenes Projekt — weit entfernt, ein zwischen den neutralen Großmächten vereinbartes zu sein — ein französisches Fabrikat war, welches nicht einmal die Zustimmung der britischen Staatsmänner gefunden und von dem das Berliner Kabinet erst nach dem Abschluß der Friedenspräliminarien Kenntniß erhalten hatte! Man mag den Kunstgriff der Napoleonischen Politik bewundern, welcher jedes Mittel recht war, um Oestreich zur Nachgiebigkeit zu stimmen und erfolgreich aus einer bedrohlichen Verwickelung herauszukommen; aber es ist schwer begreiflich, daß die vielgewandte östreichische Diplomatie so harmlos in die Falle ging und mit beiden Händen die Anerbietungen des Feindes annahm, um nachher Trost für ihre Niederlagen in ungerechten Angriffen gegen einen Bundesgenossen zu suchen, der seine Redlichkeit und Uneigennützigkeit in glänzendster Weise bewährt hatte.

Ja, wir dürfen, da die thatsächlichen Beweise so klar vor uns liegen, es mit stolzem Selbstbewußtsein aussprechen: Preußen hat in ernster Prüfung und drohender Gefahr eine Probe alter deutscher Treue abgelegt. Wie Oestreich beim Beginn des Krieges in unseliger Ueberschätzung seiner Kräfte und in starrem Festhalten seiner selbstsüchtigen Politik die vorsichtigen Rathschläge eines unbefangenen Freundes abgelehnt hatte, so wollte es auch im weiteren Verlaufe der Ereignisse von der Höhe seiner Ansprüche nicht herabsteigen; es verlangte die thätige Mitwirkung seiner Bundesgenossen, ohne der Selbständigkeit Deutschlands und der Machtstellung Preußens auch nur das geringste Zugeständniß zu machen. An einer so exzessiven Anmaßung scheiterte der Versuch einer innigeren Verständigung. Preußen war redlich genug, um aus der Bedrängniß des Nebenbuhlers keinen Vortheil zu ziehen, großmüthig genug, um dessen Stellung durch Entfaltung imposanter Machtmittel zu stützen; aber es konnte sich nicht zum unterwürfigen Diener des Wiener Hofes, nicht zum blinden Werkzeug der östreichischen Politik hergeben. Und jetzt fängt man ja auch schon in Wien an, Preußens Gesinnungen und Maaßregeln Gerechtigkeit wiederfahren zu lassen.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 28. Juli. [Vom Hofe.] Se. königl. Hoh. der Prinz-Regent nahm gestern auf Schloß Babelsberg die Vorträge des Wirklichen Geheimen Raths Illaire, so wie der Generalmajore Frhr. v. Manteuffel und v. Alvensleben II. entgegen. — Der Staatsminister v. Auerswald, der Kriegsminister v. Bonin und die Generalmajors v. Manteuffel und v. Alvensleben II. begaben sich heute zum Vortrag nach Schloß Babelsberg und kehrten Nachmittags von dort nach Berlin zurück.

— [Preußische Aktenstücke für die Stellung zu Oestreich.] Wir geben nachstehend die gestern von uns erwähnten Depeschen des Ministers v. Schleinitz an den diesseitigen Gesandten in Wien, deren erste vom 14. Juni d. J. die durch Gen. Lieut. v. Willisen wiederholt in Wien kundgegebenen Intentionen unsrer Regierung und die Ergebnisse der Mission möglichst genau zusammenfaßt, während die zweite, vom 5. Juli, die Erwiderung des k. Kabinets auf die Depesche des Grafen Rechberg (gestern mitgetheilt) vom 22. Juni enthält.

Berlin, 14. Juni 1859. In Ew. Exzellenz gefälligen Berichten vom 29. und 31. v. M. sind uns, im Verfolg der ersten vorläufigen Nachrichten, die mit großem Interesse erwarteten näheren Mittheilungen über die Aufnahme zugekommen, welche unsere letzten, durch den Gen. Lieut. v. Willisen gemachten Eröffnungen bei dem kais. Kabinet zu Wien gefunden haben. Von dem Wunsche geleitet, in einer so wichtigen Angelegenheit volle Klarheit herrschen zu lassen, hatte ich Sorge dafür getragen, in meinen an den General v. Willisen gerichteten Schreiben unsern Standpunkt mit voller Bestimmtheit zu bezeichnen, sowohl in Beziehung auf das, was wir, unter gewissen Umständen, unsererseits zu thun beabsichtigen, als in Beziehung auf die Voraussetzungen, welche der von uns in Aussicht genommenen Aktion nothwendig zum Grunde liegen müssen. Aus Ew. Exzellenz Berichten ersehe ich nun, daß General v. Willisen jenes mein Schreiben dem Herrn Grafen v. Rechberg von Wort zu Wort vollständig vorgelesen, demselben auch von dem ergänzenden Telegramm vom 27. v. M. Kenntniß gegeben hat, und der Herr Minister auf diese Weise von unserer Auffassung genau unterrichtet worden ist. Es hat uns zu unserer Genugthuung gereicht, daß unsere entgegenkommenden Schritte nunmehr der vertrauenden Würdigung des kais. Kabinets begegnet sind, und daß Herr Graf Rechberg dessen Einverständniß mit dem von uns eingenommenen Standpunkt ausgesprochen hat. Zugleich finden wir es sehr natürlich, daß der kaiserliche Hof, um jedem möglichen Mißverständniß vorzubeugen, einen besondern Werth darauf legt, die auf Grund wiederholter diesseitiger Erlasse und im Verlauf verschiedener Unterredungen ausgesprochenen Intentionen in irgend einer passenden Gestalt noch einmal formulirt zu sehen. Ich fasse daher die bei dem in Wien stattgefundenen Gedankenaustausch von uns zu erkennen gegebenen Absichten in Nachstehendem zusammen:

Wir wollen, daß der in Italien ausgebrochene Krieg nicht zu einem Umsturz der bestehenden europäischen Rechtsordnung führe. Wir wollen vielmehr die Aufrechthaltung des auf den Verträgen von 1815 beruhenden italienischen Territorial-Besitzstandes Oestreichs und die Herstellung des Friedens auf dieser Basis erstreben. Darüber hinaus würden wir mit unseren Forderungen nicht gehen. Insbesondere würden wir die Gestaltung der Verhältnisse Oestreichs zu den übrigen italienischen Staaten und die Verhältnisse dieser letzteren selbst als eine offene Frage behandeln. Sollte daher durch seine Stellung zu dieser Frage Oestreich den Erfolg der von uns beabsichtigten bewaffneten Vermittelung oder das Zustandekommen des künftigen Friedens in einer von uns als ungerechtfertigt angesehenen Weise verhindern, so würden wir uns in diesem Falle selbstverständlich die Freiheit unserer Erwägungen nach allen Seiten hin im vollsten Maaße vorbehalten müssen. Wäre für Oestreich innerhalb der hiermit angedeuteten Grenzen der Friede nicht zu erreichen, sollte der Kaiserstaat vielmehr, dem zuwider, mit dem Verlust seiner italienischen Besitzungen ernstlich bedroht und hierdurch der europäische Rechtszustand gefährdet werden, so ist es unsere Absicht, zunächst zur Abwendung der oben bezeichneten Eventualität eine bewaffnete Mediation zu versuchen, und, je nach dem Erfolge derselben, für die Erreichung des im Obigen vorgesteckten Zieles so weiter zu handeln, wie es unsere Pflichten als europäische Macht und der hohe Beruf der deutschen Nation erheischen. Es liegt in unserm eigenen Interesse, mit unserm Einschreiten nicht zu spät zu kommen. Die Wahl des Zeitpunktes aber, sowohl für die Mediation, als für die im Gefolge derselben eintretende weitere Aktion Preußens, muß dem freien Ermessen des königl. Hofes vorbehalten bleiben.

Dies sind unsere feststehenden Absichten, jedoch in der ausdrücklichen Voraussetzung, daß uns sowohl von Oestreich, als von den übrigen deutschen Regierungen für alle am Bunde zu ergreifende Maaßnahmen die Initiative überlassen und jede Einleitung von Separatbündnissen unterbleiben werde. Fasse ich die mir durch Ew. ꝛc. gewordenen Mittheilungen richtig auf, so haben diese Absichten und Voraussetzungen der Zustimmung des kaiserlichen Hofes sich zu erfreuen. Um diese Uebereinstimmung der Ansichten zwischen beiden Kabinetten zu konstatiren, wünscht Graf Rechberg dieselbe schriftlich beurkundet zu sehen, und er hat zu diesem Zweck einen Notenaustausch in Vorschlag gebracht. Wir können uns jedoch die gewichtigen Bedenken nicht verhehlen, welche nach unsrer Ueberzeugung diesem Vorschlage entgegenstehen. Was Graf Rechberg mit demselben beabsichtigt, scheint allerdings nur das zu sein, was der Herr Minister in seinem Schreiben an den General v. Willisen vom 29. v. M. als eine Bestätigung des stattgehabten Gesinnungsaustausches bezeichnet; es ist aber in Wirklichkeit die Verwandlung unsrer geheimsten, vertrauensvoll eröffneten politischen Gedanken in bindende Zusicherungen, welchen nur die Form des Vertrages fehlt, und welche uns die Verfolgung der vorgezeichneten selbständigen Politik zur Unmöglichkeit machen würde. Abgesehen davon, daß der vorgeschlagene Notenaustausch von französischer und russischer Seite sofort und folgerichtig als ein engagement formel und als Eintritt in den Krieg aufgefaßt werden könnte, würde er offenbar den beabsichtigten Mediationsversuch unausführbar machen. Den letzteren würden wir aber um so weniger aufgeben können, als wir schon nach unsrer gegenwärtigen Stellung zu den größeren Kabinetten erwarten dürfen, daß er nicht ohne Rückwirkung auf deren Haltung sein wird. Wir glauben uns zu der Ueberzeugung berechtigt, die kais. Regierung werde es durch diese Erwägungen vollständig gerechtfertigt finden, daß wir den von ihr gewünschten Notenaustausch vermeiden. Der Zweck, über die bestehenden Intentionen ins Klare zu gelangen, wird sich auch ohne diese Form erreichen lassen. Ew. ꝛc. werden zu diesem Ende hierdurch ermächtigt, die oben präzisirte Intention durch Vorlesen gegenwärtigen Erlasses Namens der k. Regierung dem Herrn Grafen v. Rechberg mündlich auszusprechen. Unsrerseits glauben wir nunmehr hoffen zu dürfen, bei dem kais. Hofe einem dem unsern entsprechenden Vertrauen zu begegnen. Handelt es sich doch für Preußen bei den von ihm zu erkennen gegebenen Absichten nicht um die Erfüllung einer ihm obliegenden Verpflichtung gegen Oestreich, sondern vielmehr um einen aus voller Freiheit hervorgegangenen hochherzigen Entschluß Sr. K. H. des Prinz-Regenten. Wenn irgend, so ist hier offenes Vertrauen an seiner Stelle. (gez.) Schleinitz. — Sr. Exz. Herrn Freiherrn v. Werther in Wien.

Berlin, 5. Juli 1859. In Erwiederung meines Erlasses an Ew. ꝛc. vom 14. v. M. hat Graf Rechberg von Verona aus, wo er die Befehle seines kaiserlichen Herrn eingeholt, unter dem 22. dess. M. eine ausführliche Depesche an den Frhrn. v. Koller gerichtet, welche mir derselbe vorgestern zu vertraulichem Gebrauche mitgetheilt hat. Ich sehe mich daher in der Lage, Ew. ꝛc. anliegend Abschrift dieses wichtigen Aktenstückes zu übersenden. (S. gestr. Ztg.) In voller Würdigung der Bedeutung, welche diese Erwiederung der kaiserlichen Regierung auf die offene und vertrauensvolle Darlegung unserer, so unverkennbar das Gepräge des freundschaftlichsten Interesses für Oestreichs Wohl und Machtstellung tragenden Absichten, für die ganze weitere Haltung Preußens in der gegenwärtigen Verwickelung haben mußte, nahmen wir dieselbe mit der Hoffnung und dem lebhaften Wunsche entgegen, hiermit ein Resultat erreicht zu sehen, dem wir die uneigennützigsten Bestrebungen seit Monaten gewidmet hatten: die Gewinnung einer sichern Grundlage für ein Einvernehmen der beiden Höfe. Eine unbefangene Prüfung der Erwiederung des kais. Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in ihren wichtigsten Punkten wird Ew. ꝛc. darthun, ob es der k. Regierung möglich war, ihren Wunsch als erfüllt betrachten zu können. Graf Rechberg hat zum Ausgangspunkte seiner Darlegung die in meiner Depesche vom 14. Juni enthaltene Ablehnung des jenseitigen Wunsches genommen, an die Stelle des durch die Sendung des Generals v. Willisen bezweckten, die Verständigung fördernden Austausches der Gedanken, eine durch förmlichen Austausch von Noten zu bewirkende Präzisirung von Verständigungspunkten zu setzen, welche für die Haltung der Regierungen maaßgebend sein würden. Indem wir einen solchen Notenaustausch in seiner rechtlichen Bedeutung und Wirkung einer von Preußen neu übernommenen Garantie des östreichischen Besitzstandes in Italien gleichachten mußten, so hätten wir damit die vollkommen freie und durch keine, über die natürlichen und sich von selbst verstehenden moralischen Verpflichtungen hinausgehenden Bande beschränkte Stellung aufgegeben, welche zur Lösung der von Preußen als vermittelnder Macht verfolgten Aufgabe unerläßlich ist. Die Mediation wäre dadurch zum Uebergang in den Krieg gestempelt, der Vermittler von vornherein zur Partei gemacht. Graf Rechberg dagegen sieht in den durch den Notenaustausch übernommenen Verpflichtungen den Ausdruck einer Garantie, zu welcher nicht nur eine moralische Verpflichtung vorhanden, sondern welche sogar eigentlich auch rechtlich schon insoweit bestanden, daß sie für die Politik des betreffenden Staats prinzipiell bindend war. Nach seiner Auffassung sind die Paziszenten der Wiener Verträge vom Jahre 1815 durch die diesen zu Grunde liegenden allgemeinen Prinzipien verbunden, den damals gegründeten europäischen Rechts- und Besitzzustand gegen jede Verletzung und Veränderung zu schützen. Wir glauben die hohe Bedeutung, welche jenen feierlichen Akten, als der Basis des gegenwärtigen Rechtszustandes von Europa, zukommt, nicht zu verringern, und keinem Zweifel an unsre ernstlichen, auf die Bewahrung dieses Rechtszustandes gerichteten Wunsch Raum zu geben, wenn wir jene Anschauung von einer allgemeinen Garantie über diejenigen Punkte hinaus, für welche bestimmte Gewährleistungen erfolgt sind, nicht theilen, sondern, in Uebereinstimmung mit der immer von Preußen festgehaltenen Auffassung, auch jetzt dabei stehen bleiben, daß, sofern es sich nicht nur um die eigene Beobachtung dieser Verträge, sondern darum handelt, den durch dieselbe geschaffenen Rechtszustand in seiner Integrität gegen Beeinträchtigungen, mit Aufbietung der eigenen Kräfte zu wahren, Preußen die Motive für seinen freien und selbständigen Entschluß nur in dem Wohl und Interesse der eigenen Nation finden kann. Wir würden Oestreich keinen Vorwurf daraus machen, wenn es eine ähnliche freie und unabhängige Verfolgung der eigenen berechtigten Staatsinteressen als den einzigen Maaßstab für seine Handlungsweise erachtete. Aber eben so können wir auch für uns nicht zugestehen, daß die Verträge von 1815 als der Ausdruck allgemeiner Prinzipien und spezieller Tendenzen gelten sollen, an deren Vertretung ebenso wie an die Beobachtung der Verträge selbst Preußen, möglicherweise im Widerspruch mit eigenen Interessen und Pflichten gebunden sei. Würde unsere Auffassung nicht im Wesentlichen von den europäischen Mächten und von Oestreich selbst getheilt, wie hätten unter Oestreichs direkter Mitwirkung Veränderungen der durch die Verträge von 1815

hergestellten Territorialordnung, wie sie Belgien, Krakau, Neuenburg darbieten, in das neuere Staatsrecht aufgenommen werden können?

Was aber den speziell vorliegenden Fall der Garantie des östreichischen Besitzstandes in Italien betrifft, so, dünkt uns, bestätigen gerade die zu verschiedenen Zeiten und nicht immer ohne Erfolg gemachten Versuche des kais. Kabinets, von Preußen eine Gewährleistung der bezeichneten Gebiete zu erlangen, daß es sich hiebei nicht um die schärfere Präzisirung eines schon bestehenden Verhältnisses handelt, sondern um die Gründung eines neuen Verhältnisses, durch welches Preußen sich zum Zweck der Sicherung des Besitzes und der Machtstellung Oestreichs Verpflichtungen auferlegte, deren Werth die kais. Regierung gewiß nicht unterschätzt hat, und deren Uebernahme jedenfalls nur aus dem freien Entschluß Preußens hervorgehen konnte. Ich habe auf die in der Depesche des Grafen Rechberg niedergelegte Anschauung von der Tragweite der Wiener Verträge von 1815 näher eingehen zu müssen geglaubt, weil dieselbe nicht allein der, von ihm schließlich doch fallen gelassenen Forderung eines formulirten Notenaustausches zur Motivirung dient, sondern zugleich die Grundlage bildet, von welcher aus der von Anfang an eingenommene und festgehaltene Standpunkt Preußens als vermittelnder Macht beurtheilt und für eben so wenig prinzipiell begründet, als praktisch haltbar angesehen wird. Es ist eben diese abweichende Grundlage der Beurtheilung, welche den Herrn Minister, mit Bedauern spreche ich es aus, an einer vollen und gerechten Würdigung unserer Absichten und Gesinnungen verhindert hat. Wenn Preußen sich bereit zeigte, für die Erhaltung des östreichischen Besitzstandes in Italien als eine Bedingung des herzustellenden Friedens zu wirken, so geschah dies, ohne daß hierzu irgend welche rechtliche Verpflichtungen vorhanden waren, in der vollsten Freiheit der Entschließungen, in dem uneigennützigsten Interesse für Oestreich, das in jenem Besitz bereits schwer bedroht war. Wir müssen dies zur Wahrung unserer Stellung von Neuem aussprechen, weil wir, was wir nach früheren Erklärungen nicht erwarten durften, in der Depesche des Grafen Rechberg wiederum der irrthümlichen Auffassung begegnen, als könne Preußen, auf Grund der Verträge von 1815, als Ziel seiner Politik sich kein anderes setzen, als mit Aufopferung aller Kräfte den status quo in Italien aufrecht zu erhalten. Nur von diesem Standpunkt aus ist es erklärlich, wenn das kaiserl. Kabinet die Politik der Mediation, welche wir in Aussicht stellten, als etwas Ungenügendes, ja als eine moralische Unmöglichkeit betrachtet und von uns einen baldigen Uebergang von derselben zur offenen Allianz mit Oestreich verlangt.

Muß ich, dem gegenüber, um die Berechtigung unsres vermittelnden Standpunktes zu beweisen, noch einmal auf jene vier Punkte mich berufen, welche als Grundlage der Kongreßverhandlungen aufgestellt, die Ueberzeugung voraussetzten, daß der Zustand Italiens nicht normal und gesund sei? Hat Oestreich durch seine Zustimmung zu denselben die Bestrebungen der zunächst nicht betheiligten Mächte, gesundere Verhaltnisse dort einzuführen, nicht anerkannt? Muß daran erinnert werden, daß die zu lösenden Schwierigkeiten durchaus nicht insgesammt auf dem Gebiete der Verträge von 1815 lagen, sondern zum Theil ihren Ursprung in seitdem geschaffenen Verhältnissen hatten? Durch entgegenkommende Theilnahme an der Lösung dieser Schwierigkeiten, an der Besserung jener Zustände würde Oestreich seinen Besitzstand nicht in Frage gestellt, vielmehr die beste Gewähr gegen Usurpation gefunden haben. Und wenn es nun statt dessen durch sein Vorgehen gegen Sardinien, gegen die dringenden Vorstellungen Preußens, jene Gefahren heraufbeschworen hat, welchen das Friedenswerk vorbeugen sollte und konnte, ist es nicht ganz folgerichtig, wenn Preußen denselben vermittelnden Standpunkt im möglichsten Einklang mit den anderen Großmächten festzuhalten sucht? In diesem Sinne hat die königliche Regierung bereits in London und Petersburg Schritte gethan; und sie darf sich sagen, daß in dem Festhalten einer solchen festen, aber freien vermittelnden Stellung gerade die Möglichkeit gegeben ist, wie den allgemeinen europäischen, so auch den östreichischen Interessen selbst zu dienen und zu seinen Gunsten in einer Weise zu wirken, welche unmöglich werden würde, sobald Preußen als Partei und nicht mehr frei in seinen Entschließungen erschiene. Wenn der Graf Rechberg diese Freiheit der Entschließung schon durch die Stellung Preußens als Mitglied des deutschen Bundes unmöglich gemacht sieht, mit deren Verpflichtungen eine Vermittelung in unsrem Sinne jeden Augenblick unvereinbar werden könne, so haben wir, für den von ihm offenbar zunächst ins Auge gefaßten Fall eines Angriffs auf deutsches Bundesgebiet durch feindliche Streitkräfte, unsern Entschluß deutlich genug verkündet, und die bereits ergriffenen militärischen Maaßregeln bürgen dafür, daß die Ausführung dieses Entschlusses nicht zögern würde; so wie sie, im Verein mit der ganzen Haltung Deutschlands, die Hoffnung verstärken, daß diese Eventualität nicht eintreten werde. Sollte dieselbe dennoch eintreten, so könnte Preußen allerdings in Erfüllung seiner Bundespflicht zu einer veränderten Haltung bewogen werden; aber wir zweifeln nicht, daß es dem kaiserl. Kabinet nicht entgehen werde, wie für diesen Fall auch Oestreich eine andere Stellung als seine jetzige erhalten würde. Denn mit dem Eintritt der Bundeshülfe zum Schutze des deutschen Gebiets würden sich für Oestreich Verpflichtungen ergeben, deren hemmenden Einfluß auf die Kriegsführung das kaiserl. Kabinet nicht verkennen kann. Ich bedauere, daß die Erörterungen in der Depesche des Grafen Rechberg mir diese zum Theil retrospektive Darlegung unsres Standpunktes unterlegt haben. Aber sie war nach allen Seiten hin Bedürfniß für die richtige Beurtheilung desjenigen Theils dieser Depesche, welcher seine Erklärungen über die Friedensgrundlagen enthält, die er als die Bedingungen für die Annahme der preußischen Vermittlung bezeichnet. Diese Erklärungen sind von maaßgebender Bedeutung für unsre eventuelle Wirksamkeit als vermittelnde Macht, und je zuversichtlicher und lebhafter wir wünschten, hier uns mit der Auffassung des kaiserl. Kabinets zu begegnen, um so mehr fühlen wir uns zu einer offenen Darlegung der mit tiefem Bedauern bemerkten Differenzen der Auffassung verpflichtet. Diese Differenzen betreffen sowohl die Friedensgrundlagen selbst, als die Voraussetzungen, an welche wir unsre Thätigkeit knüpfen mußten. Indem wir am 14. Juni die Grenzen angaben, bis zu welchen wir in unsrer Vermittlungsthätigkeit zu gehen beabsichtigten, leitete uns die Ueberzeugung, daß wir unsre Bemühungen nur auf die Herstellung eines Zustandes richten könnten, welche im Gebiet des Erreichbaren läge und zugleich die Garantien der Dauer in sich trüge. Es hatte die Aufgabe des Kongresses sein sollen, offenbaren Uebelständen des bisherigen politischen Systems Italiens abzuhelfen; und wenn inzwischen die Ereignisse nur zu evident bewiesen haben, wie sehr diese Zustände einer gründlichen Reorganisation bedurft hätten, so konnten wir nicht den ganzen früheren Zustand zurückführen und für diesen Zweck mit gewaffneter Hand den Frieden erzwingen wollen. Wiesen unsre früheren Erklärungen eine solche Annahme nicht aufs Entschiedenste ab? Und demnach können wir das, was Graf Rechberg als die Grundbedingung der von uns zu stellenden Friedensvorschläge betrachtet wissen will, für nichts anderes ansehen, als die einfache Wiederherstellung des ganzen status quo ante in Nord- und Mittel-Italien. Für diese Vorschläge erwartet das kaiserl. Kabinet, daß wir, im Fall ihrer Verwerfung, ohne Zaudern zum Kriege als Oestreichs Alliirter schreiten werden.

Die königliche Regierung hat diese Forderungen nur mit tiefem Bedauern vernehmen können, weil dieselben die in letzter Zeit durch unser Entgegenkommen gesteigerten Hoffnungen einer Einigung mit Oestreich wieder in eine weitere Ferne zurücktreten lassen. Wenn wir in der Depesche vom 14. Juni die Absicht aussprachen, daß wir die Herstellung des Friedens auf der Basis des östreichischen Besitzstandes in Italien herbeizuführen strebten, und zu diesem Zweck den Weg einer bewaffneten Mediation eventuell betreten würden, so glaubten wir, daß Oestreich uns bereitwillig die Hand bieten würde, um die Erreichung jenes Zieles zu ermöglichen. Hierzu war vor Allem nöthig, daß Oestreich nicht mit der Frage seines Besitzstandes die Verhältnisse der anderen italienischen Staaten verknüpfte, noch durch ein besonderes Hervorheben der Souveränetätsrechte der italienischen Fürsten die Aussicht auf eine neue Ordnung verschloß, welche den durch die Thatsachen zur Evidenz gebrachten Bedürfnissen gerecht würde, und wenigstens die gemäßigtsten Wünsche der Bevölkerung befriedigte. Die königliche Regierung hatte daher dem kais. Kabinet ausdrücklich erklärt, daß sie die Beziehungen Oestreichs zu den übrigen italienischen Staaten und die Verhältnisse dieser letzteren als offene Frage betrachte. Wenn trotzdem Oestreich diese Punkte in den Kreis seiner Bedingungen gezogen hat, und wir uns nicht verhehlen können, daß hiermit der Erfolg unsrer Vermittelung von vorn herein in einer von uns als nicht gerechtfertigt angesehenen Weise in Frage gestellt ist, so wird der kais. Herr Minister es natürlich finden, wenn ich darauf hinweise, daß wir uns für diesen Fall die Freiheit der Erwägungen nach allen Seiten hin in vollstem Maaße als selbstverständlich vorbehalten haben. Als die königliche Regierung ihre Absichten für die Herstellung des Friedens nach Wien mittheilte, knüpfte sie endlich auch an weitere Schritte die ausdrückliche Voraussetzung, daß Oestreich uns für alle am Bunde zu ergreifenden Maßnahmen die Initiative überließe und jede Einleitung von Separatbündnissen unterbliebe. Graf Rechberg erwiedert auf dieses Verlangen, daß Oestreich der vollen Ausübung seiner Rechte nicht entsagen könne, vielmehr die Freiheit seiner Bewegung im Bereiche der deutschen Bundesverhältnisse sich unverkürzt wahren müsse. Wir können nicht umhin, uns zu sagen, daß wir hiermit für die von uns aufgestellte Bedingung seitens des östreichischen Kabinets keine Gewährleistung erhalten haben.

Das Ergebniß der Prüfung, welcher ich die Erörterung des Grafen Rechberg unterzogen habe, entspricht sonach nicht den Erwartungen, welche wir von einer Erwiederung auf unsere früheren Schritte zu hegen berechtigt waren. Wenn indeß auch die Grundlagen, auf welchen eine Verständigung über die weiteren Entschlüsse Preußens möglich erschiene, nicht vorhanden sind, so darf uns dies nicht irre machen an der Aufgabe, welche wir uns gesetzt haben, so wenig wie es unsere Gesinnungen verändern kann. Preußen wird, in der vollen Freiheit seiner Entschließungen, fernerhin seine Bemühungen darauf richten, in Gemeinschaft mit England und Rußland die Herstellung eines Friedens zu bewirken, welcher den deutschen, wie den europäischen Interessen entspricht, und die Gewähr der Dauer bietet. Bei den freundlichen Gesinnungen aber, welche wir für Oestreich hegen, wird es für uns eine besondere Genugthuung sein, durch unsere Friedensbestrebungen dem Interesse Oestreichs förderlich sein zu können. Ew. rc. ersuche ich, dem Herrn Minister von dem vollen Inhalt dieser Depesche durch Vorlesen Kenntniß zu geben, und ihm, wenn er es wünschen sollte, Abschrift von derselben zu lassen. (gez.) Schleinitz. — Sr. Exzellenz Hrn. Freiherrn v. Werther in Wien.

— [Zu den Armeereformen.] Die Nachricht, daß die in der preußischen Armee vorhandenen zehn Jägerbataillone, welche vom Friedensbestande, der 240 Offiziere und 4000 Jäger beträgt, im Kriege bis auf 10,000 Jäger gebracht werden können, um den dritten Theil ihrer Stärke vermehrt werden sollen, wird bei allen denen einen erfreulichen Eindruck hervorrufen, welche die Nothwendigkeit einer größern Beweglichkeit unsrer Infanterie und besonders ihrer größern Ausbildung für das zerstreute Gefecht erkannten. Die Anhänger der alten Lineartaktik, die Reaktionäre auf militärischem Gebiet, welche in der Auflösung eines Bataillons in einzelne fechtende Gruppen nur eine „Lodderei", eine Veranlassung zur Lockerung der militärischen Disziplin erkannten, würden kaum durch die bitteren Erfahrungen der östreichischen Armee in Italien eines Besseren belehrt sein, wenn nicht der an höchster Stelle ausgesprochene Wille geeignet wäre, der fehlenden Einsicht nachzuhelfen. General Brandt fordert in der jetzt erschienenen dritten Auflage seines trefflichen Lehrbuchs der Taktik, daß mindestens der dritte Theil der Infanterie leichte sein müsse, und in der preußischen Armee würde dies der Fall sein, da die Füsilierbataillone, welche zur leichten Truppe gerechnet werden, wirklich den dritten Theil der Infanterie bilden. Es liegt in der Hand der Führer dieser Bataillone, für welche gewandte Leute ausgewählt werden, durch Berücksichtigung der Vorgänge des italienischen Feldzuges Tüchtiges zu leisten. Vom Jahre 1838—1855 wurden in Frankreich 22 Bataillone Jäger gestiftet, allein unter der gegenwärtigen Regierung zehn, welche ihren Namen Chasseur d'Orléans 1848 mit der Benennung Chasseurs à pied vertauschten, zu denen auch die Zuaven und die arabischen Tirailleurs gehören. Die 36 preußischen Füsilierbataillone der Linie würden bei einem Kriege von gewaltiger Entscheidung sein, wenn zu ihrer trefflichen Bewaffnung noch die erhöhte Ausbildung für das zerstreute Gefecht käme. (K. Z.)

Danzig, 26. Juli. [Schiffsunfall.] Heute Morgen um 6 Uhr, als das erste Dampfboot, der „Pfeil", von der Rhede nach Fahrwasser ging, hätte sich leicht ein großes Unglück zutragen können. Die Marine hatte nämlich ein dickes Tau von der an der Werft liegenden „Arcona" nach dem Holm gespannt, um zu versuchen, das auf den Grund gekommene Schiff abzubringen. Als das Dampfboot sich näherte, wurde von Seiten desselben das Zeichen mit der Glocke gegeben, und in der Voraussetzung, daß das Tau niedergelassen werden würde, wie es unter solchen Umständen Seemannsbrauch ist, setzte der „Pfeil" seinen Kurs fort. Das Tau ward aber keinenfalls gerührt, und als der Dampfbootkapitän, dieses gewahrend, sein Boot anhalten wollte, war die Fahrt desselben noch immer eine so starke, daß das Schiff gegen das Tau rannte, welches, am Vordertheil des Schiffes heraufgleitend, den Bugsprit und den Vordermast fortfegte, den Schornstein abbrach und erst am Hintermast ein Ziel seiner zerstörenden Wirksamkeit fand. Der Schornstein fiel auf das Zelt und entzündete dasselbe. Unter solchen Umständen ist es ein großes Glück, daß die Passagiere mit bloßem Schrecken davonkamen und keinerlei ernste Beschädigung stattfand; theilweise soll solches der Geistesgegenwart des Kapitäns zu verdanken sein, welcher den Passagieren rechtzeitig zurief sich zu bücken. Wie wir hören will der Rheder des Dampfboots bei der Marine Beschwerde führen. (D. Z.)

Lauenburg, 27. Juli. [Feuersbrunst.] Am 22. d. gegen 3 Uhr Nachmittags wurde unsre Stadt von einem schrecklichen Brandunglück heimgesucht. Kaum ertönte der Ruf: „Feuer", so standen, ehe 10 Minuten vergingen, 17 Scheunen und 8 Stallgebäude mit Allem, was darin war, in Flammen, und trotz aller angewandten Mühe war selbst eine theilweise Rettung unmöglich. Nahrung hatten die Flammen durch die in den Scheunen befindlichen Ernten, so wie durch ein Quantum von 500 Klafter Brenn- und anderen Nutzhölzern. Versichert ist leider nur ein kleiner Theil; den Verlust, den die Besitzer dadurch erlitten, schätzt man auf circa 15—20,000 Thlr. Glücklicherweise war Windstille. Die Hitze war so groß, daß die Bäume, die in der Gegend der Unglücksstelle standen, verdorrten; an den meisten derselben hängt das Obst halb gebacken. (Nd. Z.)

Oels, 26. Juli. [Beschädigungen durch Sturm.] Die unerträgliche Hitze ist den am vorigen Sonnabend Nachmittag Stunden lang heranziehenden Gewittern, begleitet von starkem Sturm und Regen, gewichen, und seit drei Tagen haben wir recht behagliches Wetter. Der Sturm hat hier an Häusern, Bäumen Wäldern und Feldern viel Schaden angerichtet. Das Schmarser Papierfabrikgebäude ist jämmerlich zugerichtet. Ein Blitzstrahl (kalter Schlag) zerschmetterte Dachstuhl, Gebälk und Mauern. Das Zinkdach auf der Nordseite des Gebäudes wurde thatsächlich aufgerollt, Sparren zerborsten, Balken aus ihrer Lage gerückt und selbst Mauern gespalten. Es hat das Gebäude bis in die untere Etage ungeheure Beschädigungen erlitten. Man rechnet beiläufig den angerichteten Schaden auf 4—5000 Thlr. Von den Fabrikarbeitern erhielten nur einige leichte Kontusionen und kamen die übrigen, so wie die Bewohner mit dem bloßen Schrecken davon. Auf den Feldern wurden Getreidepuppen von Roggen und Weizen durcheinander geworfen, ja einzelne Puppen weit von ihrem früheren Standpunkte entrückt. In Netsche hat der Sturm eine Scheuer und zwei Häuser eingeworfen, eine Masse Bäume an den Straßen und in Gärten wurden hier und da theils entwurzelt, theils zerbrochen. Die stärksten Bäume in Wäldern sind zerborsten. (Br. Z.)

Stettin, 28. Juli. [Erklärung.] Die „Ostsee-Ztg." veröffentlicht in ihrem Inseratentheil nachstehende von 42 Wahlmännern des Dramburger Kreises unterschriebene Erklärung: „Dem sogenannten konservativen Vereine, welcher sich jüngst in Polzin gebildet hat, sehen wir unterzeichnete Wahlmänner des Dramburger Wahlkreises uns veranlaßt, öffentlich entgegenzutreten. Wir wissen nicht, ob ein Unterschied zwischen Krone und Regentschaft, wie er in besagter Versammlung gemacht sein soll, dem Vaterlande die Einigkeit, Festigkeit und Stärke zu geben vermag, deren das Vaterland Angesichts augenscheinlich drohender äußerer Gefahr bedarf; das aber wissen wir, daß wir in solchem unzeitigen politischen Treiben nur die Anbahnung von Wühlereien erblicken können, die thatsächlich von einer gewissen Klique versucht und ins Werk gesetzt waren, aber sich auch freilich in ihrer ganzen Nichtigkeit erwiesen hatten. Selbst wenn die Verwirklichung solcher Tendenzen zum Besten eines Standes auf Kosten der Uebrigen von Kreisbehörden und deren Stellvertretern direkt oder indirekt begünstigt zu werden scheint, so wird uns das nicht irre machen. Wir wollen nicht untersuchen, wie weit unser Gehorsam gehen darf oder nicht, sondern wollen fest, treu und unerschütterlich zu unsers Prinz-Regenten Königl. Hoheit in guten und in bösen Tagen stehen, uns Höchstseiner Leitung mit unbedingtem Vertrauen hingeben, und sind in guter Zuversicht, daß, wie ein Regent, der vom Wirbel bis zur Sohle Hohenzoller ist, sein Preußenvolk nur recht und gerade führen kann, so auch ein jeder wahre Preuße in Treue, Gehorsam und Liebe Höchstdenselben in Ausführung seiner Gedanken und Absichten unterstützen werde."

Oestreich. Wien, 27. Juli. [Aenderungen im Heerwesen.] Unser Heerwesen geht mit ziemlich unverzögertem Schritte mancher wesentlichen, mehr oder minder tiefgreifenden Veränderung entgegen. Daß der eben zu Ende gediehene Feldzug dabei von maaßgebendem Impuls ist, steht außer allem Zweifel. Der hauptsächlichste Zweck, den man dabei verfolgen wird, ist die leichtere Gliederung im Ganzen und die leichtere Beweglichkeit im Einzelnen. Zunächst, heißt es, soll die Anzahl der Infanterieregimenter (bisher 62 Linien- und 14 Grenzer-) auf 100 erhöht werden. Jedes Regiment würde dagegen normal aus 4 Bataillonen bestehen und die Errichtung von 5. und 6. im Kriege dadurch nicht ausgeschlossen sein. Das Bataillon würde nur 4 Kompagnien zählen, und die Stärke der Kompagnien gegen die seither übliche namhaft verringert. Zugleich würde bei dieser Einrichtung eine passende Gelegenheit gefunden sein, die große Anzahl von neu avancirten Offizieren, die sonst als überzählig in Disposition geführt werden müßten, zu ihrem eigenen und der Gesammtheit Vortheil in thätiger Verwendung zu erhalten. Die Beurlaubung hat begonnen, und rücken bereits allenthalben die Beurlaubten in ihre Depots ein, um von dort in ihre Heimath zurückzukehren. In wie weit es begründet sei, daß die Dienstzeit von 8 auf 5 Jahre herabgesetzt werden soll, dürfte einstweilen noch dahingestellt bleiben. (K. Z.)

— [Erzherzog Albrecht an Stelle des Grafen Grünne.] Einem wie es scheint wohlverbürgten Gerüchte zufolge ist die Leitung der militärischen Centralkanzlei des Kaisers seit dem vergangenen Sonnabend an den Erzherzog Albrecht übergegangen. Man glaubt, daß der Erzherzog, als Vorstand der militärischen Centralkanzlei, auch berufen sein werde, das Kriegsministerium künftig im Ministerrath zu vertreten. Das Gerücht ist hier im Publikum mit großer Befriedigung aufgenommen worden. (N. P. Z.)

— [Perspektiven der napoleonischen Politik.] Man schreibt der „H. B. H." von hier: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß England in den Zukunftsplänen des Kaisers der Franzosen eine hervorragende Rolle zu spielen berufen sei, und es größern Scharfsinnes und diplomatischer Weisheit von Seiten der britischen Staatsmänner bedürfen werde, als sie solche bisher an den Tag gelegt haben, um in St. Cloud das gründliche Studium der englischen Frage zu vereiteln. Letztere, das scheint so ziemlich ausgemacht, dürfte bei Louis Napoleon den Vorzug haben, früher als die deutsche Frage erledigt zu werden, da er bei derselben von keiner europäischen Großmacht gestört und gehindert zu werden die Aussicht hat. Rußland wird die Züchtigung und Demüthigung Englands mit jubelndem Beifall beklatschen; Oestreich wurde durch den Frieden von Villafranca nicht nur für seine eigene Neutralität gewonnen, sondern die Zukunft dürfte es lehren, daß es sich verpflichtet haben dürfte, seine ganze moralische Kraft daran zu setzen, die einzige noch übrig bleibende Großmacht, im Falle selbe Lust bekommen sollte, zu Gunsten des bedrängten Englands eine Diversion machen zu wollen, gleichfalls zur striktesten Neutralität zu veranlassen. Würde dies aber Oestreich nicht gelingen, so ist zum Mindesten dies gewiß, daß man in Wien ebensowenig das Aufbieten der übrigen deutschen Streitkräfte dulden werde, um England Luft zu machen, so wenig man seiner Zeit in Berlin dulden wollte, daß Deutschland für die Integrität des östreichischen Besitzstandes einstehe. Allein wird und kann Preußen dann den Angriffskrieg gegen Frankreich nicht führen, und wollte es dies dennoch, so würde es bei dem aggressiven Charakter seines Unternehmens erstlich auf keine deutsche Bundeshülfe rechnen können, und dann dem durch einen Krieg mit England in seiner Landmacht gering beschränkten Frankreich weichen müssen...... Der Suezkanal und Ferdinand v. Lesseps sind die eröffneten Parallelen, mit welchen Frankreich die Belagerung und Eroberung Egyptens eingeleitet hat. England unterliegt in Egypten binnen Kurzem; trotz der einander drängenden Proteste des englischen Generalkonsuls Colquhoun in Alexandrien gräbt Herr v. Lesseps an seinem Kanale fort, und selbst ein vor ganz kurzer Zeit eingelangtes Schreiben des Sultans an Said Pascha, welches die Einstellung der Kanalarbeiten in Folge englischen Andrängens befiehlt, läßt der Vizekönig unberücksichtigt, und dies aus Furcht vor dem dräuenden Frankreich. So lange Oestreich auf England noch zählen zu können vermeinte, ließ es selbst sein eigenes Interesse am Suezkanal bei Seite und sekundirte England in seinem Oppositionstreiben gegen das Kanalunternehmen, diese Larve französischer Anschläge auf Egypten. Nachdem ganz England sich so unwürdig gegen Oestreich benahm und noch benimmt, kann es hier ganz gleichgültig sein, wenn England auch am Nil unterliegt, zumal es selbst seine Passivität hierzu schwerlich umsonst geliehen haben würde..... Schließlich sei noch erwähnt, daß ich Kunde von der Absicht Frankreichs erhalte, mit Oestreich wegen Ueberlassung, wenn auch nur zeitweilig, eines der dalmatischen Häfen in Unterhandlung zu treten." — Die „B. H." begleitet diese weitschweifenden Enthüllungen zunächst mit der Bemerkung, daß England, bei aller Großartigkeit derselben, denn doch wohl sie nicht so in aller Geschwindigkeit werde ausführen lassen; für Preußen existirt eine Bedeutung dieser in Wien kursirenden Vermuthungen zunächst wohl nur insofern, als aus ihnen ein Motiv für die Versöhnlichkeit, die

man in Wien gegen die deutsche Nachbarmacht entfaltet, herzuleiten wäre.

— [Verhältniß zu Preußen.] In Wien, wo man die meisten Veröffentlichungen des preußischen Kabinettes noch nicht kennt, erklärt man sich nunmehr überzeugt. Die „Ostd. Post“ erkennt (in Nr. 186) unumwunden das Unrecht an, das der preußischen Politik angethan worden ist. Von dieser Anerkennung zur völligen Aussöhnung ist nur ein kleiner Schritt. Das inspirirte Blatt schreibt: „Die preußische Regierung, von Seite welcher die Annahme jenes Programms ein Verrath nicht nur an Oestreich, sondern an Deutschland und an Preußen selber gewesen wäre, hat sich beeilt, in der bündigsten und glaubwürdigsten Weise zu erklären, daß es weder selber ein Vermittelungsprogramm formulirt, noch ein von einer andern Macht ausgegangenes acceptirt habe, daß ihr namentlich das in Rede stehende Programm gänzlich unbekannt gewesen sei. Preußen hat für diese seine Erklärung auch bereits einen objektiven Beweis geliefert, denn aus der seitdem veröffentlichten Note des Herrn v. Schleinitz an die deutschen Höfe geht hervor, daß die Erhaltung des ganzen östreichischen Besitzstandes in Italien die Basis der preußischen Mediation war. Wie man daher auch sonst über die preußische Politik urtheilen mag, so ist man doch verpflichtet, auf Grundlage der vorliegenden Aktenstücke Preußen in Betreff des vom „Mainzer Journal“ veröffentlichten Programms von jedem Verdachte freizusprechen.“ Nachdem die „Ostd. Post“ hierauf die Meinung abwehrt, als könne England oder Rußland für die Oestreich bereitete Täuschung verantwortlich gemacht werden, fährt sie fort: „Kann man nun auf neutralem Gebiete den Ursprung jenes schlimmen Programms nicht finden, so ist die Geneigtheit natürlich, denselben in Frankreich zu suchen. Es drängt sich die Vermuthung auf, das Programm sei ein Produkt des Grafen Walewski und habe den Zweck gehabt, die Bedingungen anzugeben, unter welchen Frankreich auf eine Vermittlung eingehen würde. Da nun Frankreich von England und Rußland eine freundschaftliche Willfährigkeit voraussetzte und sie auch von Preußen hoffen zu dürfen geglaubt haben mag, so wurde vielleicht die Annahme des Programms antizipirt und erhielt das Aktenstück dadurch scheinbar eine Bedeutung und Wirksamkeit, die ihm weder der Form noch der Sache nach wirklich zukam. … Wir sind weit davon entfernt, zu glauben, daß hiermit das Geheimniß schon enthüllt sei, hoffen aber zuversichtlich, daß die völlige Enthüllung nicht ausbleiben wird“. Diese Milde, mit welcher man selbst den Impostor rein zu waschen sucht, ist die bitterste Anklage gegen diejenigen, welche sich durch das leichtfertigste Spiel haben täuschen lassen.

Prag, 26. Juli. [Feuersbrunst; ein Irrthum.] In der Stadt Klösterle in Böhmen brach am 23. d. um die Mittagsstunde durch unvorsichtiges Gebahren beim Brotbacken Feuer aus, das in wenigen Minuten bei einem heftigen Winde die ganze Stadt ergriff und gegen 165 Häuser in Asche legte. An ein Löschen war bei dem starken Winde und der Enge der Gassen nicht zu denken. Spritzen, welche sich zu nahe wagten, mußten im Stich gelassen werden und verbrannten. Von der ganzen Stadt stehen nur noch wenige Gebäude. Unter den Brandtrümmern wurden bereits vier Leichen gefunden, mehrere Personen werden noch vermißt, welche wahrscheinlich in den Kellern erstickt sind. Im Jahr 1782 war die ganze Stadt abgebrannt; viele der Verunglückten hatten sich in der Nahe der Stadt angesiedelt und so das Dorf „Zuflucht“ gegründet, welches merkwürdigerweise vor Kurzem ebenfalls abgebrannt ist. — Es hat hier eine gewisse Sensation erregt, daß an vielen Straßenecken neben dem deutschen Text des jüngsten Manifestes die czechische Uebersetzung des Kriegsmanifestes vom April klebte. Man mußte sich in den czechischen Exemplaren vergriffen haben. Die Leute trauten ihren Augen nicht und kamen endlich in ihrer Naivetät auf den Gedanken, daß es sich um einen neuen Krieg handle, daß es wieder losgehe. Sobald man den Irrthum inne wurde, ließ man die antiquirten Manifeste von den Straßenecken entfernen.

Bayern. München, 26. Juli. [Beschädigungen durch Sturm.] Der Orkan am 23. d. hat mehr Schaden gestiftet, als im ersten Augenblick zu übersehen war. Die Mariahilfkirche in der Vorstadt Au ist leider aus einem Material aufgeführt, das Zeit und Sturm wenig Widerstand zu leisten scheint; besonders zeigt sich die zierliche Ornamentik an dem durchbrochenen Thurm wenig dauerhaft. Nun hat der neuliche Gewittersturm außer vielen kleineren Ornamentstücken eines der steinernen Thürmchen an der oberen Thurmkrönung losgerissen, daß es schmetternd auf das farbige Dach fiel, das Gebälke durchschlug und in die innere Wölbung der Kirche niederstützte, wo nun die zerschmetterten zierlichen Säulen im Chorbau liegen. Leider läßt dieser Vorgang wegen des unsoliden Baumaterials auf einen nur zu baldigen Ruin eines Kirchenbaues schließen, der jährlich von Tausenden aus der Touristenwelt bewundert wird. (A. Z.)

München, 27. Juli. [Der diplomatische Verkehr zwischen Oestreich und Frankreich, Preßmaaßregel.] Die diplomatische Verbindung zwischen Oestreich und Frankreich scheint noch nicht ins Reine getreteten zu sein, denn die hiesige östreichische Gesandtschaft kann an französische Unterhanen, die sich in die östreichischen Kronlande begeben wollen, noch keine Pässe ausstellen. So mußte dieser Tage ein vornehmer Franzose, der in ein Tiroler Bad über München reisen wollte, hier Halt machen, da er dahin kein Visa erhielt. Doch hofft man, betreffenden Orts diese Schwierigkeiten demnächst ausgeglichen zu sehen. — Den Kolporteuren des „Staatsbürger“ ist das Kolportiren untersagt. Herr Vechioni, der Redakteur des „Staatsbürger“, wird gegen diese Maaßregel Beschwerde führen, weil sie gegen sein Blatt allein gerichtet, mithin eine Abneigung gegen die Tendenz desselben hierdurch ausgesprochen ist. Dieses Blatt vertritt die deutsche Sache, ein deutsches Parlament, eine kräftige Centralgewalt mit aller Energie; der übrige Theil unsrer Lokalpresse ist aber entweder gegen sie oder schweigt wenigstens darüber und scheint dafür angenehm zu sein.

Lindau, 26. Juli. [Werbungen in der Schweiz; Militärisches.] In den benachbarten schweizerischen Orten treffen bereits die aus Neapel zurückkehrenden Schweizer Soldaten in großer Anzahl ein. Die Werbungen für neapolitanische Kriegsdienste werden dessenungeachtet durch Agenten in der Schweiz auf das Eifrigste betrieben. — In dem angrenzenden vorarlbergschen Gebiete lassen Vorkehrungen darauf schließen, daß in nächster Zeit größere Militär-Abtheilungen nach den dortigen Garnisonen erfolgen.

Würzburg, 26. Juli. [Projektirte Adresse.] Nach dem hiesigen „Anzeiger“ ist der Gedanke angeregt worden, auch hier eine Versammlung von Wahlmännern zu berufen und denselben eine Adresse an die Abgeordnetenkammer vorzuschlagen, worin diese ersucht werden soll, nach Kräften auf die Bundesreform hinzuwirken.

Hannover, 27. Juli. [Beitritt zu der Erklärung für eine Bundesreform.] Von Osterode haben, wie die „Ztg. f. Nordd.“ meldet, 48 Männer ihren Anschluß an die Erklärung freisinniger Vaterlandsfreunde zur deutschen Sache in folgender Zuschrift an Herrn v. Bennigsen kundgegeben:

„In der „Zeitung für Norddeutschland“ vom 20. d. M. ist eine von Ihnen, hochgeehrter Herr, und einigen politischen Gesinnungsgenossen ausgegangene Erklärung veröffentlicht, worin auf die Gefahren, welche unser gemeinsames Vaterland bedrohen, aufmerksam gemacht wird, die Mittel ihrer Abwehr vorgeschlagen und die Wege bezeichnet werden, um endlich zu dem großen Ziele der Zukunft: zu einer Gesammtverfassung zu gelangen, welche nach Innen das Recht befestigt und die äußere Selbständigkeit der Nation sichert. Die unterzeichneten Bürger und Einwohner der Stadt Osterode erachten sich verpflichtet, Ihnen und den übrigen Unterzeichnern der Erklärung den Dank dafür aussprechen, daß Sie Ueberzeugungen und Gefühlen, die mit Ihnen das ganze Land theilt, einen männlichen und patriotischen Ausdruck gegeben haben. Betrachten Sie unsre Zuschrift nur als ein geringes Zeichen, daß die in der Erklärung ausgesprochenen Grundsätze und Gesinnungen in allen Kreisen unsers engern Vaterlandes Nachhall finden. Genehmigen Sie ꝛc.“ (Folgen die Unterschriften.)

Von Herrn Thies in Hülperode, früherm Kammermitgliede, empfängt dieselbe Zeitung gleichfalls eine Beitrittserklärung mit dem Ausdruck „der Hoffnung, daß diese Ansicht in ganz Deutschland ein Echo hervorrufen und kräftig auftreten möge“. — Einem der Unterzeichner der Erklärung vom 19. Juli ist von Hamburger Gleichgesinnten folgende Zuschrift zugegangen:

„Erlauben Sie uns, Ihnen und Ihren Herren Gesinnungsgenossen unsern wärmsten und innigsten Dank für die am 19. Juli durch Sie abgegebene ehrenwerthe Erklärung, unser liebes deutsches Vaterland und seine mangelhafte Gestaltung betreffend, auszusprechen! Möge der Himmel Sie und Ihre patriotischen Bestrebungen segnen und ihnen die Krone durch eine recht baldige Erfüllung aufsetzen! Es wird, wenn die Zeit des Handelns gekommen, gewiß nicht an Ehrenmännern fehlen, die ihr Gut und Blut für das Wohl des Vaterlandes einzusetzen bereit sind. Gottlob macht sich der Gedanke, daß Deutschland nur durch Einheit frei, glücklich und stark werden kann, überall und immer mehr vorzüglich im Volke geltend.“

Sachsen. Dresden, 27. Juli. [Ueber die Bundesreform], welche wieder einmal allseitig angeregt wird, weil man deren unerläßliche Nothwendigkeit neuerlichst wieder recht schlagend erkannt hat, schreibt u. A. das „Dresdner Journal“: „Erinnert man aber jetzt die deutschen Regierungen daran, Reformen der Bundesverfassung anzubahnen, und will man nur Preußen mit der Aufgabe betrauen, solche Reformen einzuleiten: so möge auch die Erinnerung daran zu wecken gestattet sein, daß die Arbeiten der Dresdner Konferenzen betreffs einer Revision und erweiterten Ausbildung der Bundesverfassung und Bundeszwecke, welche zu den besten Hoffnungen berechtigten, deshalb scheiterten, weil Preußen es vorzog, die einfache Rückkehr zum Bundestage in Antrag zu bringen. Es möge daran erinnert sein, daß von keiner Seite her im Laufe der letzten Jahre der Gedanke an eine freie Entwicklung der Bundesinstitutionen offener und freimüthiger behandelt ist, als gerade von Seiten der Regierungen der Mittelstaaten.“ (In welchem Sinne dies von den Regierungen der Mittelstaaten geschehen ist, mag für jetzt unerörtert bleiben. Aber da wir bei den Gelehrten des „Dr. J.'s“ doch wohl ohne Beleidigung eine Unkenntniß der neuesten Geschichte nicht voraussetzen dürfen, so müssen wir die Leser aufmerksam machen, wie das offizielle Blatt sich nicht entblödet, um einem sehr ungerechtfertigten, blinden Preußenhasse Luft zu machen, sehr ungeschickt die Geschichte zu verfälschen, eine Beleidigung für seine Leser, denen es sonach vollständige Unkenntniß der Geschichte zutrauen muß. Die „einfache Rückkehr zum Bundestage“ wurde nicht von Preußen, sondern von Oestreich beantragt. In Folge einer Cirkulardepesche des Fürsten Schwarzenberg vom 26. April 1850 hielten unter Oestreichs Vorsitz Bayern, Hannover, Sachsen, Württemberg und Kurhessen schon am 10. Mai des genannten Jahres eine Bundestagssitzung und bis zum 15. Juli waren noch zehn andere deutsche Regierungen dem neubelebten Institut beigetreten. Nun begannen aber die „Dresdner Konferenzen“ erst am 23. Dezember 1850, als der Bundestag schon seit sieben Monaten wieder im schönsten Flor war. Haben die Gelehrten des „Dr. J.'s“ diese einfachen historischen Thatsachen wirklich so ganz und gar vergessen?! Und wenn sie heute sagen, die Dresdner Konferenzen hätten in Bezug auf Revision ꝛc. der Bundesverfassung „zu den besten Hoffnungen berechtigt“, wie reimt sich denn das mit dem ironischen Ausspruche desselben Blattes im Jahre 1851, die Dresdner Konferenzen hätten eben nur „schätzbares Material“ zu Tage gefördert?! D. Red.)

Württemberg. Stuttgart, 26. Juli. [Die Demobilisirung.] Die Zurückversetzung unsrer Armee auf den Friedensfuß ist nun eine vollendete Thatsache. Das Hauptquartier des 8. deutschen Armeekorps und der Stab der Felddivision sind aufgelöst und die großherzoglich badischen und hessischen Offiziere mit Soldaten und Pferden sind nach Hause zurück; der Kriegsminister v. Miller hat das Kommando der Felddivision niedergelegt und das Kriegsministerium wieder übernommen. Die ausmarschirten Regimenter sind alle bis auf drei, welche noch in Kantonnirungs-Quartieren liegen, in ihre früheren Garnisonsorte zurückgekehrt und diese drei werden gleichfalls nachfolgen, so wie der angeordnete Garnisonswechsel in Vollzug gesetzt ist; dazu gehört aber vor Allem der Abzug der östreichischen Kriegsbesatzung aus Ulm, weil sonst die nach Ulm bestimmten Truppen dort keinen Platz haben. Die bedeutenden Beurlaubungen sind nun bei allen Infanterieregimentern und selbst bei den beiden neuerrichteten Jäger-Bataillonen durchgeführt. (F. J.)

Baden. Karlsruhe, 26. Juli. [Militärpferde.] Der Großherzog hat angeordnet, daß von den durch die letzte Zwangs-Remontirung zur Herstellung der Kriegsbereitschaft des großherzoglichen Armeekorps aufgekauften Pferden eine Zahl von beiläufig 2200 Reit- und Zugpferden auf das Land verstellt werden sollen. (K. Z.)

Frankfurt a. M., 27. Juli. [Zur Kritik der Bundes-Kriegsverfassung] veröffentlicht die „Rhein-Lahn-Ztg.“ „folgende Thatsachen“: „Nachdem der Bund die Kriegsbereitschaft dekretirt hatte, erging von der Bundesmilitärbehörde u. A. an Lippe und an Waldeck der Befehl, sie sollten ihre Bundeskontingente mobil machen und dieselben nach der Bundesfestung Luxemburg beordern. Wann? darüber schwieg der Befehl. Lippe war sehr kriegsmuthig und ließ sein Kontingent sofort marschiren. Als aber der demselben vorangegangene Offizier in die Festung kam, versicherte ihm der Kommandant, er wisse von dem Lipper Kontingent Nichts und sei nicht in der Lage, dasselbe aufzunehmen. Erst nachdem der Offizier nach Frankfurt gegangen war und die Truppen um Koblenz die Austragung der Differenz abgewartet hatten, wurde es nach einiger Zeit möglich, dieselben in die Festung zu bringen, in welche sie beordert waren. Waldeck eilte etwas weniger als Lippe, sondern erbat sich, und zwar bei der Dunkelheit des Befehls mit allem Recht, etwas nähere Auskunft über die Einzelheiten. Allein der zweite Befehl war nicht minder orakelhaft als der erste. Endlich auf eine wiederholte Anfrage über die Zeit des Marsches erfolgte die diplomatische Antwort: daß Dies absichtlich mit Stillschweigen übergangen worden, indem es in der Absicht liege, Dies den Einzelregierungen zu überlassen. Nachdem dieser dunkle Punkt aufgeklärt war, wollte Waldeck nicht länger zögern, seine Bundespflicht zu erfüllen, und meldete Dies nach Luxemburg. Von dort die Antwort: Man könne die Truppen nicht aufnehmen, da sie nicht mit einer Feldbäckerei, mit Lazareth-Ausrüstung, Fourage ꝛc. versehen seien. Darauf fragt Waldeck bei der Bundesmilitärkommission: was da zu machen? Antwort: man möge sehen, ob man diese Erfordernisse von einer Nachbarregierung borgen könne. Man borgt sie bei Preußen, und endlich kann man marschiren, d. h. wohlverstanden, erst nachdem mit Preußen, Hessen u. s. w. die nöthigen Korrespondenzen über Durchmarsch u. s. w. geführt worden sind.“

— [Legationsrath v. Jasmund; die Schlägerei.] Der Legationsrath v. Jasmund bei der preußischen Gesandschaft ist dahier eingetroffen. — Ueber die Schlägerei am Sonntag bei Gelegenheit der Bockenheimer Kirchweihe erfahren wir folgendes Zuverlässige: In dem Tanzsaal der „Stadt Frankfurt“ hatten sich mehrere preußische Artilleristen eingefunden, um mitzutanzen. Der Wirth erklärte, daß er dies nur gestatten könne, wenn sie ihre Säbel ablegten, zu welchem Zweck er ihnen ein eigenes Zimmer anwies. Willig fügten sich die Soldaten. Später kamen weitere 6—8 Artilleristen, die sich der Waffenablegung nicht fügen wollten. Darüber kam es zu einem Streit, der mit der Entfernung der letztgenannten Artilleristen endete. Diese eilten nun in den Ort, holten andere Soldaten herbei, mit denen sie in die „Stadt Frankfurt“ zurückgingen und hier den verbarrikadirten Saal förmlich eroberten, Tische, Stühle, Fenster zerschlugen ꝛc. Die Schlägerei pflanzte sich auf die Straße fort, wo die Wüthenden mit blanker Waffe auf ruhig Vorübergehende einhieben. Erst nach einer Stunde etwa gelang es einer herbeigeholten Patrouille, dem Spektakel ein Ende zu machen und die Hauptanstifter zu arretiren. Es ist eine strenge Untersuchung eingeleitet. Ein Todesfall ist nicht zu beklagen. (N. Z.)

Oldenburg, 27. Juli. [Kirchliche Differenzen.] Wenn wir auch nicht einen eigentlichen Konflikt zwischen der Staatsregierung und der katholischen Kirche bei uns als vorhanden annehmen, so existirt doch zwischen ihnen eine Meinungsverschiedenheit, in deren Folge die Thatsache hervorgetreten ist, daß schon seit mehreren Jahren keine erledigte katholische Pfarrei definitiv besetzt, sondern durch Pfarrverweser verwaltet wird. Obgleich über die Sache nichts Näheres in die Oeffentlichkeit getreten ist, so verlautet doch so viel, daß eine verschiedene Auffassung desjenigen Verhältnisses vorliegt, welches die neuen staatsgrundgesetzlichen Bestimmungen hergestellt wissen wollen, gegenüber der Konvention von 1831, welche bisher die Beziehungen der Kirche zum Staate geregelt hat. Das Staatsgrundgesetz giebt der katholischen Kirche, wie überhaupt den kirchlichen Korporationen die freieste Stellung in Verfassung und Verwaltung. Allein für die Ausführung bedarf es noch näherer Feststellungen, bis wohin es bei der Konvention verbleiben muß. Hierüber hat man sich nun, insbesondere was die Art der Pfarrbesetzung anlangt, bisher nicht einigen können. Im Uebrigen leben bei uns die verschiedenen Konfessionen friedlich neben und durcheinander, was wir gerade jetzt glauben hervorheben zu sollen, wo in den deutschen politischen Verwickelungen und Reibungen die konfessionellen Sympathien und Antipathien wieder eine nicht gering anzuschlagende Rolle spielen. (W. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 26. Juli. [Parlament.] In der gestrigen Sitzung des Oberhauses kam Lord Lyndhurst auf seine in der letzten Debatte über die europäische Lage gemachten Bemerkungen über die Nothwendigkeit, gegen die französischen Marinerüstungen auf der Hut zu sein, noch einmal zurück. Man habe dagegen im Unterhause geäußert, daß seine Anschauungen, in Bezug auf die gegenwärtige Situation, von Anfang dieses Jahrhunderts her datiren und für die jetzigen Verhältnisse nicht paßten. Das bestreite er. Was er gesagt, sei durchaus zeitgemäß. Das Verhältniß der englischen Seestreitkräfte zu der Marine anderer Staaten habe sich sehr verändert. Wisse der erste Lord der Admiralität (Herzog von Somerset) wohl, daß die Franzosen ihre Flotte mit gezogenen Kanonen bewaffneten? Er glaube, die englische Marine werde zu Ende des Jahres nicht mehr als etwa 100 solcher Kanonen haben, während in Frankreich die Anfertigung dieser Geschosse äußerst rasch von Statten gehe. Der Herzog von Somerset sprach zunächst den Wunsch aus, Lord Lyndhurst hätte neulich einer so reizbaren Nation, wie die französische, gegenüber in minder verletzender Weise sich ausgedrückt, und räumte dann ein, daß die in England in Angriff genommene Fabrikation gezogener Kanonen nicht vor einigen Monaten beendigt sein werde, während allerdings in Frankreich schon einige Schiffe mit solchen Geschützen ausgerüstet seien, doch hielt er es nicht für angemessen, nähere Eröffnungen über die in den englischen Werften und Arsenalen im Gange befindlichen Arbeiten zu geben. Lord Lyndhurst erwiederte, er glaube nichts gesagt zu haben, was den Kaiser der Franzosen beleidigen könnte. Er habe gesagt, daß er die Sicherheit Englands Niemandem anders als der eigenen Nation anvertrauen möchte, daß er sie nicht von der Nachsicht anderer Nationen abhängig gemacht sehen möge, sondern daß England allein auf seine eigene Energie und Stärke bauen dürfe. Auf den Kaiser der Franzosen möchte er sich nicht verlassen, weil dieser in einer Lage sei, in welcher er nicht von sich selbst abhänge. Hiermit schloß diese Erörterung, und das Haus ging zu inneren Angelegenheiten über.

Im Unterhause legte Lord John Russell auf Befehl der Königin eine Abschrift der von ihm unterm 22. Juni an Lord Bloomfield, den Vertreter Großbritanniens am Berliner Hofe, gerichteten Depesche auf den Tisch des Hauses nieder. Sir de Lacy Evans beantragte folgende Resolution: „In Erwägung der zwischen einigen der großen Militärmächte des Festlandes bestehenden Beziehungen ist es rathsam, daß ein aus Civilisten, so wie aus Land- und Seeoffizieren bestehender Ausschuß ernannt werde, um den gegenwärtigen Zustand unserer National-Vertheidigungsmittel zu prüfen und Data darüber zu sammeln, so wie sich zu vergewissern, welche Verbesserungen vorzunehmen sein mögen, um die größtmögliche Zweckmäßigkeit mit Sparsamkeit zu vereinen und Ihrer Majestät Regierung Bericht darüber zu erstatten.“ Der Kriegsminister, Sidney Herbert, erklärte, seine Aufmerksamkeit habe sich gleich von dem Zeitpunkte an, wo er ins Amt getreten sei, dem in Anregung gebrachten Gegenstande zugewandt, und die Regierung habe beschlossen, einen Ausschuß zu ernennen, der die zur Ausführung der Vertheidigungswerke vorgelegten Plane prüfen solle. Die Resolution Sir de Lacy Evans' wurde verworfen.

— [Die Weltgeschichte eine Tripotage.] Die Entdeckung, daß das preußische Vermittlungsprojekt, das den Frieden herbeigeführt, ein Falsum ist, hat hier lebhaft daran erinnert, daß einige jetzt sehr hochgestellte Personen und Schilde der sozialen Ordnung ihre erste Ausbildung in den Spielhöllen in St. James's Street genossen haben, wo man sich zuweilen falscher Würfel und markirter Karten bedient. Die Weltgeschichte ist zu einer Tripotage geworden, was sie in der That seit Peter dem Großen ist, aber bisher ward das Spiel so versteckt gehalten, daß die Welt nichts davon sah und die Historiker affektiren konnten, nichts zu sehen. Rußland hat es seinem Adepten nicht Dank zu wissen, daß er die Sache so grob betreibt und dadurch am Ende die Leute empfänglich macht für die Wahrheit, daß der türkische Krieg, mit seinen Episoden von Silistria, Sinope und Kars, und mit dem Frieden von Paris, daß der Londoner Vertrag über die dänische Erbfolge, der Friede von Adrianopel, die Errichtung des Königreichs Griechenland, die Intervention in Spanien, die meisten Territorialanordnungen des Wiener Kongresses, der Ausbruch des Krieges nach dem Frieden von Amiens, wenn nicht durch gefälschte Dokumente, doch durch gefälschte Gedanken, durch falsche Würfel herbeigeführt wurden. (N. Z.)

— [Die „Times“ über Russell'sche Geschichtsphilosophie.] Der Artikel des „Journal des Débats“ gegen die Reden Lord Lyndhurst's, Lord Ellenborough's und anderer Pairs scheint der „Times“ in sehr bezeichnender Weise mit den Angriffen Lord J.

Russell's und Lord Palmerston's auf die freie Sprache der englischen Presse zusammenzufallen und veranlaßt sie zu einem zweiten Leitartikel über dies fruchtbare Thema. Lord J. Russell verstieg sich unlängst zur Behauptung, daß die Kriege der Vergangenheit in der Regel nicht so sehr ans Gebietsstreitigkeiten, Eroberungs- und Herrschsucht entsprungen seien, als aus Verletzungen des Nationalstolzes großer Staaten, so daß Fragen, welche die Diplomatie unter anderen Umständen in 2, 3 Wochen gelöst hätte, zum Anlaß eines Krieges wurden. Die englische Presse begehe jetzt dieses Verbrechen und predige Haß gegen Frankreich u. s. w. Auf diese Russell'sche Geschichtsphilosophie entgegnet die „Times": Wer hat doch alle Kriege der Vergangenheit zwischen Anno 1100 und 1800 verschuldet? Die Presse gewiß nicht, sondern Lord J. Russell's Urvorbilder, Staatsmänner und Diplomaten, Kaiser, Könige und Priester. Nehmen wir nur wieder den großen europäischen Krieg vom Bruch des Friedens von Amiens bis 1815. (Der Frieden von Amiens, oder vielmehr sein Bruch ist ein Lieblingsspiel Lord J. Russell's, wenn er auf dies Thema zu sprechen kommt.) Welcher vernünftige Mensch von halbwegs anständiger Bildung und Geschichtskenntniß wird heute noch behaupten wollen, daß etwas Anderes als die Herrschsucht des älteren Napoleon jenen großen Kampf hervorrief? Als er freilich um einen Vorwand verlegen war, beleidigte ihn das Gebell des Hofhundes. Die englische Presse klagte er an, während er selbst seine Pläne am Rhein und in der Schweiz zur Reife brachte. Und war es die arme, kraftlose, polizeigemaßregelte östreichische Presse, war sie Schuld, daß 200,000 französische Soldaten die Lombardei überzogen? Die östreichische Presse hat Louis Napoleon vor dem Kriege mit Verehrung behandelt. Ihr Schweigen bewog ihn nicht zur Schonung, ihre Komplimente und höfischen Lobpreisungen gingen an seinem Ohr wie der eitle Wind vorüber und hielten seine verhängnißvollen Entschlüsse nicht auf. Wenn es je zum Kriege zwischen England und Frankreich kommt, so wird es nicht deshalb geschehen, weil die Presse ein Ministerium gezwungen hat, das Land in Vertheidigungsstand zu setzen, sondern weil England unvorbereitet war. Sollte sich dies jemals ereignen, dann in der That wird die „Panik" eintreten, vor der Lord J. Russell warnt; unser Streben ist und war stets, die Möglichkeit der Panik durch rechtzeitige und ruhige Vorsichtsmaaßregeln abzuwenden.

Frankreich.

Paris, 26. Juli. [Die Stellung zu England und Preußen.] Die beruhigenden Versicherungen, welche die englische Regierung in Paris abgeben ließ, haben in den Tuilerien oder vielmehr in St. Cloud keinen besonders günstigen Eindruck gemacht. Man erklärt sie dort nur für leere Worte, und will überzeugt sein, daß die englischen Staatsmänner sich dem Tuilerienkabinette nicht freundlicher zeigen werden, als dieses bisher der Fall war. Es hat den Anschein, als ob man hier auch gar nicht wünsche, das gute Einverständniß noch lange Zeit mit England aufrecht zu erhalten, es sei denn, daß man sich in Zukunft dem „kräftigen und festen Willen von Paris" in Nichts mehr widersetzt. Die Ansichten, die in dieser Beziehung in den Tuilerien vorherrschend sind, treten deutlich in einem Pariser Schreiben hervor, das ein Provinzialblatt, der „Messager de Montpellier", in seiner letzten Nummer veröffentlichte. Dieses Schreiben, welches das Datum des 22. und die höchst bezeichnende Unterschrift des Herrn Danjou trägt, läßt sich über die Stellung Frankreichs zu den beiden Siegern von Waterloo folgendermaßen aus:

„Die vom Kaiser an das diplomatische Korps gerichteten Worte werden in Europa eine tiefe Sensation erregen. Der Kaiser sprach dieselben, so versichert man, auf eine besonders nachdrucksvolle Weise und mit Handbewegungen voll Energie. Man konnte daraus ersehen, daß man in Zukunft dem kräftigen und festen Willen Rechnung tragen muß, der den Geschicken Frankreichs vorsteht. Europa im Allgemeinen, d. h. einige Mächte, haben die Absichten des Kaisers verkannt, an seiner Uneigennützigkeit gezweifelt und gegen ihn und Frankreich drohende Vorbereitungen gemacht. Der Kaiser will nicht, daß die, welche nur auf die Gelegenheit warten, „uns unsere Erfolge streitig zu machen und unsere Unglücksfälle zu erschweren", ihn zum besten haben können. Er hat darauf gehalten, bei zwei Gelegenheiten, beim Empfang des gesetzgebenden Körpers und bei dem des diplomatischen Korps, begreiflich zu machen, daß ihm die schlimmen Absichten, die man gegen uns geschmiedet hatte, nicht unbekannt waren, und daß er Frieden schloß, um sie zu Schanden zu machen. Dieses ist die augenscheinliche Bedeutung der beiden Reden des Kaisers. Europa, oder vielmehr einige Regierungen, sind jetzt gewarnt, ihre Gefühle sind entschleiert, und sie müssen natürlich darauf rechnen, daß der Kaiser alle Maaßregeln ergreift, die eine vorsichtige Politik einflößen muß, um die Rückkehr einer so gefährlichen Krisis zu vermeiden, wie die, welche wir überstanden haben. Wir können nochmals in die Nothwendigkeit versetzt werden, Krieg zu führen, aber wir können uns nicht mehr Angesichts einer Koalition befinden. Diese Gefahr wird in Folge des Friedens von Villafranca verschwinden. Das außer Fassung gebrachte Europa hat sich von der Bestürzung noch nicht erholt, in die es dieses große und außerordentliche Ereigniß versetzt hat; aber es weiß jetzt, es muß begreifen, daß aus der alten und furchtbaren Koalition, welche Frankreich 1815 zu Boden warf, nur noch Preußen und England übrig sind, an denen Frankreich noch keine Vergeltung geübt hat. Ich sage nicht, daß sie auch an die Reihe kommen werden, ich glaube nur, daß sie jetzt einsehen müssen, daß die Rollen gewechselt sind, und daß die ihrige darin besteht, sich in Zukunft gerechter zu zeigen gegen Frankreich und seinen Kaiser."

— [Die Steinkohle im Kriege.] Der „Constitutionnel" findet es angemessen, sich mit der Kohlenfrage zu beschäftigen, nachdem es sich im Kriege herausgestellt hat, daß Kohle auch nöthigenfalls als Kriegskontrebande betrachtet werden kann. In diesem letzten Kriege sei diese Frage zwar nicht von großer Bedeutung gewesen, weil Oestreich keine Flotte habe, aber im Kriege mit einer Seemacht wie England könne Frankreich plötzlich der Kohlen wegen sehr in Noth gerathen. Die Sache sei also wohl der Rede werth: nicht daß an die Erhaltung der englisch-französischen Freundschaft zu zweifeln sei; aber so gut England seine Küsten befestige, könne auch Frankreich wohl für ein so wichtiges Element der Kriegsmacht und des nationalen Wohlstandes sorgen. Der „Constitutionnel" glaubt zu wissen, daß die Gesetzgebung über den Kohlenbetrieb wesentlich modifizirt werden soll, um dieser Industrie beträchtliche Erleichterungen zu schaffen, und daß wahrscheinlich ein Theil der Anleihe benutzt werden soll, um die Transportwege für die Steinkohlen zu verbessern.

— [Der „Moniteur" über die Rüstungen Englands und Frankreichs.] Die starken Rüstungen in den sämmtlichen französischen Seehäfen, von denen in den letzten Tagen wiederholt die Rede war, kosten voraussichtlich enorme Summen. Wer ist schuld daran? Die Regierung hat es für nöthig erachtet, sich hierüber im „Moniteur" auszusprechen. Der Artikel des offiziellen Regierungsorgan (der schon in Nr. 171 telegraphisch erwähnt wurde) lautet: „Man sucht in England die Ursache der Lasten, die man dem englischen Volke zum Zwecke der „National-Vertheidigung" auferlegt, Frankreich zuzuschreiben. Die angebliche Uebertriebenheit unserer Rüstungen ist es, welche als Rechtfertigung für die bedeutende Erhöhung der englischen Budgets für Krieg und Flotte dient. Eine Vergleichung unserer Budgets mit den englischen Budgets wird zeigen, wie durchaus irrig diese Voraussetzungen sind. Seit 1853 hat sich das englische Budget um 13,438,000 Pfd. Sterling oder 336,000,000 Fr. vermehrt, und die Kosten für Krieg und Marine zählen bei dieser Vermehrung um mehr als 200 Mill. mit. In dem nächsten Jahre werden diese zwei Budgets in England über 650 Mill. in Anspruch nehmen, wovon auf das Kriegsbudget 332,500,000 Fr. und auf das Marinebudget 320,000,000 Fr. kommen. In Frankreich beläuft sich das Kriegsbudget, so wie es für das Jahr 1860 votirt wurde, nur auf 339,458,744 Fr. und das Budget für die Marine auf 123,503,143 Fr. (Es ist nicht zu übersehen, daß die Budgets für Krieg und Marine außer den Ausgaben für Löhnung und Unterhaltung der Effektiv-Bestände und außer denjenigen für das Kriegs- und Marinematerial auch alle Summen mitbegreifen, welche in jedem Jahre zu außerordentlichen Arbeiten des Militärgeniewesens und der Seehäfen verausgabt werden.) Dies beträgt im Ganzen ungefähr 463 Mill. und bleibt folglich weit hinter den Ausgaben Großbritanniens für dieselben Posten zurück. Beim Kriegsbudget kommt eine Summe vor, welche Schwankungen unterworfen ist und von den Preisen der Lebensmittel abhängt. Hauptsächlich in Folge der hohen Lebensmittelpreise hat das Kriegsbudget sich auf 361,917,500 Fr. belaufen, wobei sowohl der ursprünglich bewilligte Betrag, wie die vorhergesehenen Ergänzungskredite mitgerechnet sind. Die Ausgaben für das Marine-Ministerium beliefen sich auf 122,963,883 Fr. Im J. 1858 verausgabte das Kriegsministerium 376,822,535 Fr. und das Marineministeriu 137,980,260 Fr. Faßt man nun das J. 1853 ins Auge, um en Bestand vor den Vorbereitungen zum Krimm-Krieg ein Betracht zu ziehen, so ergibt sich, daß der definitive Rechnungs-Abschuß auf 322,740,809 Fr. für das Kriegs- und auf 99,195,965 Fr. für das Marinebudget sich belief. Will man endlich noch weiter zurückgreifen und die letzten Jahre der letzten Regierung in Betracht ziehen, so ergiebt sich, daß wir in unserm Kriegsbudget die Ausgabe vom Jahre 1847, die 373,365,981 Fr. (bei dieser Summe sind die Ausgaben für Algerien einbegriffen, die jetzt ein besonderes Budget von 16,500,000 Fr. bilden), und in unserm Marinebudget, die 128,637,509 Fr. (bei diesen Berechnungen sind die Rechnungsjahre 1854, 1855, 1856 und 1857 nicht aufgeführt, welche durch die Ausgaben für den Krimm-Krieg belastet wurden) in Anspruch nahm, nicht erreichen. Allerdings begreifen die Ausgaben für 1859 und 1860 die Unkosten für den italienischen Krieg und die Expedition nach Kochinchina, die sich noch nicht vollkommen übersehen lassen, nicht in sich; doch ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß aus der Anleihe von 500 Mill. eine bedeutende Summe, nach der Vorwegnahme dieser Ausgaben, verfügbar bleibt, und daß, wenn die Ereignisse, wodurch dieselben veranlaßt wurden, einmal beendigt sind, der normale Bestand für diese beiden Budgets wieder eintritt. Man fragt sich also, ob es Frankreich und dessen außerordentliche Rüstungen sind, denen man die übermäßigen Lasten zuschreiben muß, die man dem englischen Volke aufbürdet, oder ob diese ungeheuren Ausgaben und die Abgaben, die eine Folge derselben sind, nicht anderen Ursachen zugeschrieben werden müssen." Die englische Presse wird die Antwort auf diese Anfrage des „Moniteur" nicht schuldig bleiben.

— [Mißtrauen.] Die Mystifikation, welche Oestreich, wie es scheint, um die lombardische Krone wenigstens für so lange gebracht hat, als es sich ihrer nicht wieder bemächtigt, hat ihren Vorgang in dem französisch-östreichischen Bündniß, durch welches Rußland, ohne besiegt zu sein, sich von Frankreich zu einem Friedensschluß verleiten ließ, den es heute bereuen würde, wenn nicht die ganze Weltlage danach angethan wäre, ihm vollen Ersatz für die Opfer zu bringen, welche der Friede von 1856 Rußland gekostet hat. Ich erinnere daran, daß schon damals von einem mysteriösen Sekretvertrage zwischen Oestreich und Frankreich die Rede gewesen ist, dessen Existenz stark bezweifelt, von welchem aber nichtsdestoweniger behauptet wurde, er habe als Vermittler des Friedens gedient. Wie der erste Akt des Weltganges Napoleons III. mit einem aus räthselhaften Motiven hervorgegangenen Friedensschluß geendet hat, so der zweite. Der dritte Akt, so scheint es, beginnt mit der Entwaffnung, der zweite begann mit der Erklärung, daß Frankreich nicht gewaffnet sei. Wie vor Beginn des italienischen Krieges Frankreich betheuerte, es habe nicht gerüstet, so eröffnet es jetzt das Zerwürfniß mit England durch die Aufforderung, die gerüsteten Heere und Flotten auf den Friedensfuß zurückzuführen. Vielleicht gelingt es, England und Deutschland glauben zu machen, Frankreich denke nicht an neue Zwiespalte, vielleicht läßt man sich einschläfern und kehrt auf Friedensfuß zurück. Einige Personen, welche Louis Napoleon mit der Sorgfalt studirt haben, mit welcher er selbst seine Feinde und seine Verbündeten studirt, sprechen es als ihre tiefste Ueberzeugung aus, daß der Aufruf zu allgemeiner Entwaffnung nichts sei, als die Einleitung zu einem neuen Drama, als ein Vorwand für neue Demüthigungen. Man lese die Note im „Moniteur" nur ein wenig aufmerksam, und man wird sich gestehen müssen, daß diese bittere und unmuthsvolle Zurückweisung des englischen Mißtrauens nur das Vorspiel eines Drama's ist, das muthmaßlich mit der Anfrage beginnen wird, weshalb man trotz alledem die Rüstungen fortsetze. Man nennt diese Anschauung pessimistisch, allein man halte Umfrage in Paris, unter einer Bevölkerung, deren Charakter jeden andern Vorwurf eher verdient, als den, daß sie dem Pessimismus huldige, und man wird dieselbe Antwort erhalten. Die Note des „Moniteur" hat eine Beängstigung über diese Bevölkerung gebreitet, die viel schwüler und drückender ist, als die vor dem Ausbruch des italienischen Krieges. Man konnte, als es sich um diesen handelte, an die Verheißung glauben, er werde lokalisirt bleiben. Wir haben gesehen, wie wenig gefehlt hat, um auch diese Verheißung als eine Täuschung hinzustellen. Ein Krieg, sei er gegen Deutschland oder gegen England gerichtet, ist ein Weltkrieg, auch der Gläubigste wird die Lokalisirung eines solchen Krieges nicht für möglich halten. (BHZ.)

— [Das Mainzer Mediationsprojekt.] Dem Ursprung der in dem „Mainzer Journal" mitgetheilten bekannten Mediationsvorschläge wird noch fortwährend nachgeforscht. Einerseits heißt es, sie seien von dem französischen Kabinet ausgegangen, nach London gesandt und dort wie in Petersburg gebilligt worden. Dagegen schreibt das „Journal des Débats", indem es bei seinen Zweifeln und Ungewißheiten stehen bleibt, Lord J. Russell die Vaterschaft der sieben Punkte zu, welche der „Globe" bereits abgeleugnet hat. Nach dem „Journal des Débats" sei es unmöglich, „die durchaus englische Physiognomie" des Vermittelungsentwurfs zu verkennen. „Die Vergrößerung Sardiniens mittelst eines Theiles der Herzogthümer, Venedig unter einem Erzherzog, endlich eine Laienherrschaft für die Legationen: dies waren stets Lieblingsgedanken Russell's hinsichtlich Italiens, ja er konnte sich hinreißen lassen, sie der Macht mitzutheilen, welche die von England zu machenden Vermittelungsanträge kennen zu lernen wünschte. Wenn, fährt das Blatt fort, diese Annahme richtig wäre, so würde sie beweisen, daß Oestreich nicht so stark, wie man glaubt, fehl gegangen ist, es hat nur Unrecht, Preußen und England einen Vermittelungsentwurf zuzuschreiben, welcher, lediglich von England ausgegangen, Preußen ganz unbekannt geblieben ist." Lord John Russell wird sich jedoch nun bald selbst aussprechen müssen.

Portugal.

Lissabon, 21. Juli. [Die Beerdigung der Königin] fand gestern früh um 11 Uhr statt. Ganz Lissabon ist in Bestürzung über den beklagenswerthen Todesfall. Eine große Volksmenge nahm aus freiem Antriebe an dem Leichenbegängnisse Theil. Die Gerichtshöfe sind auf acht Tage geschlossen.

Amerika.

Newyork, 14. Juli. [Gezogene Kanonen.] Die amerikanische Regierung läßt jetzt auch Versuche mit gezogenen Kanonen anstellen und wird dieselben so rasch als möglich einführen.

— [Amerikanische Kuriosa.] In Newyork ist jüngst eine Riesenzeitung erschienen, welche alles bisher Dagewesene übertrifft; denn sie hat „Billardtafel-Format" und ist 8½ Fuß hoch und 6 Fuß breit. Dieser „Mastodon der Zeitungen" führt den Titel: „The Illuminated Quadrupel Constellation" und enthält acht „Mammuth-Seiten" von je 13 Spalten, deren jede 48 Zoll hoch ist. Das Papier ist so dauerhaft und stark (das Ries davon wiegt 3 Centner), daß es lange benutzt werden kann; denn das Blatt „erscheint alle hundert Jahre nur einmal". Vierzig Personen haben acht Wochen unausgesetzt gearbeitet, um diese erste Nummer zu Stande zu bringen, welche 50 Cents (20 Sgr.) kostet und in hübschem Umschlage nach allen Gegenden der Welt versandt wird. Leider sind nur 28,000 Exemplare gedruckt worden. — Der „glorreiche 4. Juli von 1776, der Freiheitstag Nordamerika's, ist in diesem Jahre u. A. in Winchester, Tennessee durch eine Sklavenauktion festlich begangen worden. — In Iowa sind die Zeiten sehr schlecht: Niemand hat zu arbeiten, Niemand verdient etwas. Der Todtengräber Seiler in Muscatine beklagt sich in der dortigen Zeitung bitter darüber, daß er nichts zu thun habe und Niemand mehr sterben wolle; im Monat Mai habe er nur Ein Grab gegraben, und doch zähle die Stadt 9000 Seelen. Selbst zum Sterben sind die Zeiten zu schlecht!

Zum italienischen Kriege.

Nachträge und Ergebnisse.

— Der „Oest. Z." wird aus Venedig, 21. Juli, geschrieben: Der Rückmarsch der vor dem Feinde gestandenen Truppen in die ihnen angewiesenen Friedensgarnisonen geht rasch vor sich. Tag und Nacht befördern Eisenbahn und Dampfschiffe die verschiedenen Abtheilungen. Dem Vernehmen nach soll die Formirung von fliegenden Kolonnen angeordnet worden sein, um dem nach einem Kriege unvermeidlichen Räuberunwesen zu steuern. Es sind in letzter Zeit schon mehrere Raubanfälle, und meistentheils mit bewaffneter Hand vorgekommen. So drangen in der Nähe von Bassano mehrere bewaffnete Leute, die sich für Deserteure ausgaben, in das Haus eines Gastwirthes und nahmen demselben, nachdem sie ihn durch Bayonnetstiche zum Geständnisse gezwungen, wo er seine Baarschaft habe, diese und mehrere andere Werthgegenstände ab. In Bosco Chiasanuova in der Provinz Verona drangen fünfzehn Individuen unter Anführung eines als Offizier gekleideten Vagabunden in den Ort, und sich als Garibaldische Freischärler ausgebend, wollten sie demselben eine Kontribution von 3000 Lire auflegen; durch die drohende Haltung der Bewohner jedoch und die Nachricht, daß eine östreichische Streifpatrouille in der Nähe sei, eingeschüchtert, zogen sie unverrichteter Sache ab.

— Aus Verona, 22. Juli, wird der „Tr. Ztg." geschrieben: „In Piacenza liegen gegen 2000 verwundete östreichische Soldaten. Die Behandlung der Verwundeten Seitens der Franzosen ist, wenige Ausnahmen abgerechnet, eine ritterliche gewesen; die piemontesischen Soldaten bewiesen sich weniger human; die Bevölkerungen dagegen machten dies wieder gut. Der Verkehr unserer Offiziere mit den französischen ist der freundschaftlichste, wie es nur der Fall zwischen Gegnern, die sich achten gelernt. Häufig sieht man Abends französische Offiziere mit ihren östreichischen Kameraden in den Gässen Verona's promeniren. Letztere erwiederten diese Besuche im französischen Lager. Man bespricht die Eventualität, daß östreichische und französische Truppen gemeinschaftlich die Wiedereinsetzung der legitimen Regierungen in Central-Italien durchführen sollen, die schwerlich ohne Anwendung der Waffengewalt von Statten gehen dürfte. — Das Gerücht, daß FML. Benedek die Stelle eines ersten General-Adjutanten Sr. Maj. übernehmen werde, ist nicht bloß verfrüht, sondern ganz aus der Luft gegriffen. Dem viel verbreiteten Gerüchte, daß er sein Korps-Kommando bereits niedergelegt habe, müssen wir ebenfalls widersprechen; der tapfere General bedarf der Schonung und Kräftigung seiner angegriffenen Gesundheit; er hofft dies auf seinem Gute bei Gratz zu finden, und hat zu diesem Zweck einen kurzen Urlaub erhalten. Trotz seiner Abwesenheit versammeln sich fortwährend täglich in Verona, wo der Sitz des Korps-Kommandanten war, die dreißig Offiziere seines Stabes an seinem gastfreien Tische. FZM. Graf Gyulai befindet sich in Bruck a. d. Mur und beabsichtigt, sich ins Ausland zu begeben."

Turin, 24. Juli. Als der Kaiser Napoleon III. in Mailand einzog, ließ er den bekannten Historiker Cesare Cantu zu sich bitten uud hatte mit diesem eine Unterhaltung, welche mehrere Stunden währte. Um seine Ansichten befragt, erklärte der genannte Geschichtsschreiber, daß an einen festen und dauernden Frieden, an eine Konstituirung Italiens im Sinne des gemäßigten Konstitutionalismus nur nach gänzlicher Entfernung der Oestreicher zu denken sei, und Napoleon III. stimmte ihm bei. — Die öffentliche Meinung fängt an sich zu beruhigen: aber in Beziehung auf die Herzogthümer ist nämlich die Stimmung eine so entschiedene, daß es gewiß zu einem blutigen Zusammenstoße kommen muß, wenn die vertragschließenden Kaiser die vertriebenen Dynastien wieder herstellen wollen. Herr Peruzzi ist nach Paris abgereist, um dem Kaiser eine von der Konsulta vor dem Frieden votirte Dankadresse zu überreichen. Aber er hat zugleich Aufklärung über den einstimmigen Willen der Nation zu geben und Napoleon III. ans Herz zu legen, daß man sich einer allgemeinen Erhebung aussetze, wenn man den Gefühlen der Herzogthümer Gewalt anthue. — Die französischen Militärs, die mir zu Gesichte kommen, sind mit dem Frieden wenig zufrieden. In Mailand ist, wie ich einem Schreiben entnehme, unter den französischen Offizieren „der bevorstehende Krieg" (qui sera le vrai) fortwährend Gegenstand der Unterhaltung. Dieser Glaube ist übrigens selbst in den Kreisen der höheren Offiziere einheimisch. (K. Z.)

— Nach Pariser Briefen aus Florenz vom 22. d. wird die toscanische Armee definitiv in ihre Heimath zurückkehren. Das Gouvernement hat folgende Proklamation an dieselbe gerichtet: „Soldaten der toscanischen Armee! Mit Freude begrüßt die Regierung den nahenden Tag eurer Rückkehr. Hat das Geschick es euch versagt, euren Muth im Kampfe zu zeigen und Siege zu erringen, so wird es auf heimischem Boden eurem Patriotismus ein nicht weniger ehrenvolles Feld eröffnen. Hier erwartet euch das Vaterland zur Verherrlichung der allgemeinen Stimmabgabe. Eure Waffen begegnen hier keinem Feinde im Innern. Die bürgerliche Ordnung, die nie getrübt wurde, wird an euch eine neue Stütze finden in dem Augenblicke, in dem wir im Begriffe sind, unsere Geschicke einem nationalen, nicht östreichischen Scepter anzuvertrauen. Wer auch immer es wagen möchte, die Majestät des Volks zu verletzen in dem Augenblicke der freien Selbstbestimmung seiner Zukunft, wer auch immer unsere Grenzen bedrohen möge, er werde zurückgeworfen von euch als gefährlichster Feind. Das ist es, was das Land von euch mit größter Zuversicht erwartet; in euch erblickt es die unerschrockenen Hüter seiner Freiheit. Soldaten! Das Gouvernement vertraut euch wie der Nationalgarde die Vertheidigung des heiligsten Rechtes des Landes an, des Rechtes der freien Wahl der nationalen und konstitutionellen Souveränetät, die ihm bewahren möge den Hort althergebrachter Gesittung und die Wohlthat neu erlangter Unabhängigkeit. Florenz, 22. Juli 1859. Der außerordentliche Kommissar des Königs Victor Emanuel während des Unabhängigkeitskrieges, C. Boncompagni. Die Minister: B. Ricasoli. C. Ridolfi. E. Poggi. V. Busacca. V. Salvagnoli. P. A. De Cavero. Der Generalsekretär Celestino-Bianchi." Nach einer toscanischen Gouvernementalverordnung vom 22. d. sollen die Wahllisten in den Gemeinden vom 25. d. ab bis zum Tage der Wahl öffentlich angeheftet und zwei Tage nach deren Anschlagen den Präfekten vorgelegt werden. Zur Zeit der Wahlen wird, wie man vernimmt, der sardinische Kommissar Boncompagni Toscana verlassen, um allen Anschein ungebührlicher Einwirkung auf die Stimmabgabe vorzubeugen. Verschiedene Briefe drücken die Hoffnung aus, daß man der freien Abgabe der Stimmen nichts in den Weg legen, namentlich von Seiten auswärtiger Staaten nicht interveniren werde. — Verdi, der berühmte Komponist, hat sich in Parma an die Spitze eines Komité's für Unterstützung der im Unabhängigkeitskriege verwundeten Soldaten gestellt. (K. Z.)

(Beilage.)

— In Rom hat das Gerücht, die in den Friedenspräliminarien verheißene Amnestie solle in Betreff des Kirchenstaats Modifikationen erleiden, die der Bezeichnung einer allgemeinen Amnestie nicht entsprechen, große Aufregung erzeugt. Selbst General Goyon soll davon alarmirt sein und Maaßregeln treffen, um den Ereignissen entgegentreten zu können. — In Ancona wird vom 14. Juli gemeldet, daß ein Armeekorps, gebildet aus mehreren Bataillonen Linie, einem Schweizerregimente und einer halben Batterie Schweizerartillerie, seit zwei Tagen nach der Romagna abgegangen ist. Die römischen Soldaten verbergen durchaus nicht ihre Unzufriedenheit über diese Expedition. Es wird auch erzählt, daß die von Foligno kommenden Jäger sich geweigert, mitzugehen, und daß mehrere Offiziere ihre Entlassung gegeben hätten. In Ancona und Pesaro wird der Belagerungszustand mit der größten Strenge gehandhabt. In beiden Städten ist das Elend groß und die Bestürzung allgemein. — In Bologna ist das Gerücht verbreitet, daß es zwischen dem Freiwilligenbataillon Maso und den päpstlichen Truppen zu einem Zusammenstoß gekommen wäre.

— Aus Paris, 25. Juli, wird nach Turiner Briefen Folgendes gemeldet: Die Regierung hat in Modena eine Verordnung erlassen, durch welche die Nationalgarde aufgefordert wird, sofort detachirte Korps zur Vertheidigung des Staatsgebiets zu stellen und wodurch zugleich die Bildung von Freikorps gestattet wird. — General Kalbermatten hat jüngst in Ancona eine öffentliche Bekanntmachung in Betreff der Verleitung päpstlicher Truppen zur Desertion erlassen. Nach Festsetzung der strengsten Strafen gegen jeden Versuch dieser Art, erklärt der Kommandant von Ancona, daß man als einen solchen Versuch darstellend „jedes Geschenk an Soldaten betrachtet werde, selbst wenn diese Geschenke nur in Lebensmitteln, Wein und Früchten beständen". — Die Postverbindungen zwischen Rimini und Pesaro sind unterbrochen. Ein Korps von 8000 Freiwilligen steht bei Rimini und in der Umgegend. — Der piemontesische General Arnaldi ist an seinen Wunden gestorben, die er in der Schlacht von Solferino erhielt.

Paris, 26. Juli. Die Züricher Konferenz soll am nächsten Sonnabend eröffnet und ihre Arbeit, die einfache Redaktion des in Villafranca vereinbarten Traktates, in einer Sitzung beendigt werden. Alles Uebrige würde dann dem großen europäischen Kongresse vorbehalten werden, dessen Zustandekommen unserer Pessimisten jedoch heute mehr als je bezweifeln. Sardinien wird jedenfalls auf dem Kongresse vertreten sein, soll sich jedoch weigern, der italienischen Konföderation beizutreten, wenn Oestreich in dieselbe eintritt und den italienischen Staaten überhaupt freisinnige Institutionen vorenthalten bleiben. Um diesem letztern Bedürfnisse zuvorzukommen, und einen Beweis von gutem Willen zu geben, sollen nicht allein der Großherzog von Toscana und die Herzogin von Parma, sondern auch der Herzog von Modena mit dem Gedanken umgehen, schon aus der Fremde, vor der Rückkehr ihre Länder mit einer Konstitution zu beschenken. (K. Z.)

— Folgendes ist die chronologische Uebersicht des so schnell beendeten italienischen Feldzuges: 10. Mai 1859 Abreise Napoleons zum Heere; 20. Mai Sieg bei Montebello; 30. Mai Sieg bei Palestro; 1. Juni Uebergang über den Ticino, 3. Juni Sieg bei Turbigo; 4. Juni Sieg bei Magenta; 6. Juni Einzug in Mailand; 8. Juni Sieg bei Marignano; 18. Juni Einzug des Kaisers in Brescia; 24. Juni Sieg bei Solferino; 26. Juni Uebergang über den Mincio; 8. Juli Waffenstillstand; 12. Juli Unterzeichnung der Friedenspräliminarien in Villafranca.

Paris, 27. Juli. Aus Turin wird gemeldet: Die „Gazzetta Piemontese" veröffentlicht ein Cirkularschreiben des Ministers des Innern an die Gouverneure, in welchem es unter Anderm heißt: Der Kabinetswechsel hat keine wesentliche Aenderung hinsichtlich des politischen Charakters Sardiniens im Gefolge. Das neue Ministerium wird fortfahren, die Entwickelung der großen Prinzipien, welche die Grundlage ihres öffentlichen Rechts bilden, so ausgedehnt als möglich zu begünstigen. Der Minister fordert die Unterstützung seiner Untergebenen, um die entmuthigten Gemüther zu beruhigen, den Glauben an Gerechtigkeit und Freiheit zu befestigen und die einverleibten Provinzen auf die liberalen Institutionen vorzubereiten. Das Cirkular schließt damit, daß der Minister Reformen, durch welche die Freiheiten der Gemeinden und Provinzen erweitert werden sollen, verspricht.

Aus polnischen Zeitungen.

Der „Dziennik pozn." bespricht in einem Prémier Posen vom 26. Juli die vielfachen Alterirungen, welche die Wiener Verträge vom Jahre 1815 in den letzten dreißig Jahren durch die Bildung der Königreiche Griechenland und Belgien, wie durch die völlige Einverleibung des Königreichs Polen ins russische Reich und der freien Stadt Krakau in den östreichischen Staat erfahren haben. Durch den Krimmkrieg und vollends nun durch den Frieden von Villafranca und die aus ihm resultirende ganz und gar neue Ordnung der Dinge in Italien hätten die alten politischen Traktate Mark und Kern ihrer Bedeutung verloren, ein politischer Neubau Europa's erscheine unabweisbar und die Kabinetsstatistiker gelangten wohl immer mehr zu der Ueberzeugung, daß man diesem Bau dauerhaftere Unterlagen geben müsse, welche den Forderungen der christlichen Gerechtigkeit, den Bedürfnissen und Wünschen der Nationen zu genügen im Stande wären. So dürften denn bei den demnächst zu erwartenden diplomatischen Verhandlungen, gleichviel ob dieselben bloß unter den drei kriegführenden Mächten oder auf einem allgemeinen Kongresse sich vollziehen würden, auch gar manche Fragen, die nicht in unmittelbarer Beziehung zu Italien ständen, angeregt werden. Und zu diesen gehöre namentlich die Frage über das fernere Geschick der im Jahre 1846 so schmählich behandelten Republik Krakau. Es müsse durchaus zur Sprache kommen, ob der unerträgliche Stand der Dinge, wie er seither dort gewaltet habe, auch fernerhin bestehen solle. Welcher diplomatischen Schule auch die Staatsmänner, die den neuen Frieden verhandeln würden, angehören möchten, unmöglich, daß sie für die Erhaltung des dortigen status quo sich entschieden, sie müßten denn geradezu zu jener Schule zählen, welche ihre Politik darauf basirt, jegliche vollendete Thatsache ohne irgendwelche Rücksicht auf ihren sittlichen Werth, ihre Zuträglichkeit und ihre politischen Konsequenzen schlechthin zu sanktioniren. △

Provinzielles.

Neustadt b. P., 28. Juli. [Unwetter; Verkehr.] Außer den bereits mitgetheilten Schäden durch das Unwetter in der vorigen Woche hat dasselbe auch in Wäldern und auf den Landstraßen nicht unbedeutende Verheerungen verursacht. Wo der Blitz die Bäume nicht zersplitterte, da riß sie der Sturm um, wie dies namentlich auf der Posener Chaussee von Bythin aus der Fall ist. Hochstämmige Buchen in den Wäldern liegen wild übereinander geworfen, während auf der Chaussee die Fruchtbäume eine weite Strecke hin bis fast an ihrem Stammende niedergeknickt sind. — Am letzten Wochenmarkte wurde schon viel neues Getreide zu Markte gebracht und der Scheffel Roggen mit $1^1/_{12}$—$1^1/_6$ Thlr. bezahlt. Neuer Hafer galt $17^1/_2$ Sgr. der Scheffel. Derselbe hat eine ganz blasse Farbe und ist nur sehr leicht, während der Roggen von vorzüglicher Qualität ist. Der Verkehr auf dem Schwarzviehmarkt am 25. d. war sehr lebhaft, jedoch der Auftrieb nicht sehr bedeutend; es waren ungefähr 450 Stück hier. Der Markt wurde bald zu etwas höheren Preisen geräumt.

Aus Kujawien, 27. Juli. [Ernteberricht.] Die Hoffnung auf eine gute Roggenernte ist in unserer Gegend erfüllt worden. Ausnahmsweise sind hin und wieder einige kleine Landbesitzer nicht so, wie sie wohl wünschten, mit einem reichen Erntesegen erfreut worden; daran hat aber nur die zu späte Saat schuld. Bemerkenswerth ist in diesem Jahre die frühe Ernte, denn schon 14 Tage vor Jakobi ist frisches Korn gemahlen worden und in den meisten Häusern hat der Hunger seine Residenz aufgeben müssen. Auch der arme Tagelöhner, der wohl oft gedarbt hat, ist durch die frühe Ernte wieder in eine sorgenfreiere Lage versetzt worden. Dazu kommt, daß er jetzt, namentlich in Kujawien, guten Erwerb findet. Der Weizen geht mit raschen Schritten der Reife entgegen und verspricht eine sehr reiche Ernte; dagegen sind aber wieder Ausfälle an den Sommerfrüchten, hauptsächlich an den Erbsen und Kartoffeln. Obgleich die ersteren im Frühjahre sich durch ihren üppigen Wuchs auszeichneten, so sind sie doch in Folge der großen Dürre dermaßen zusammengeschrumpft, daß man sich sehr in seinen Erwartungen getäuscht sieht. Dies gilt auch von den Kartoffeln. Nach dem Behäufeln sind sie auf den sandigen Stellen wenig oder gar nicht mehr gewachsen, ja, Referent hat bemerkt, daß sie der anhaltenden Hitze wegen nicht einmal zur Blüthe gekommen sind. Die ganz niedrig gelegenen, kaltgründigen Gegenden werden einen sehr reichen Ertrag an Kartoffeln liefern, aber die auf hoch gelegenen trockenen Feldern vergehen von Tag zu Tage mehr, und es wird bald mit ihnen ganz aus sein, wenn nicht bald ein erfrischender Regen eintritt. Wie zu erwarten ist, wird die Gerste recht gut gerathen und das ersetzen was an Kartoffeln ausfällt, so daß die diesjährige Ernte durchschnittlich als eine gute zu bezeichnen ist. (B. W.)

Angekommene Fremde.

Vom 29. Juli.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Bronikowski aus Kuschten und v. Dobrzycki aus Baborowo, Opernsängerin Fräul. Holland aus Thorn, Opernsänger Holland aus Petersburg, die Kaufleute Hartmann und Freundt aus Berlin, Hahn aus Breslau und Alexander aus Danzig.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Kaufmann Levy aus Lissa, die Gutsb. v. Budricki aus Rudnicz und v. Wyganowski aus Inowraclaw.

HOTEL DU NORD. Rittergutsb. v. Krzyżański nebst Frau aus Sapowice und Feld-Auditeur Gehrmann aus Stettin.

SCHWARZER ADLER. Appell. Ger. Referendar Spisky aus Kosten und Bevollmächtigter v. Długołęcki aus Czerniejewo.

BAZAR. Die Gutsb. Frauen Gräfin Kwilecka aus Oporowo und v. Szoldrska aus Osiek, Gutsb. v. Mierzyński aus Bythin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Gutsb. Korne aus Breslau, Maurermeister Laude aus Ortnau, Fabrikant Heckler aus Krefeld, Bankier Eisentraut und die Kaufleute Meintschel und Rösel aus Dresden, Strauberg aus Breslau, Hermsen aus Köln, Lindenthal aus Leipzig, Kauffmann aus Frankfurt a. M., Schlieben aus Magdeburg und Krebs aus Brandenburg.

HOTEL DE PARIS. Domänenpächter Metzke aus Dziekanowice, die Gutsb. v. Suchorzewski aus Węgierki und v. Rychłowski aus Węgorzewo.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Müller aus Köln und Bergmann aus Lissa, Stabsart Beigel aus Krotoschin, Gutsb. Pauli aus Karlshof, die Oekonomen Gebrüder Maß und Vize-Feldwebel Plehwe aus Kuttlau.

GROSSE EICHE. Gutsb. v. Ponikiewski aus Wiśniewo.

BUDWIG'S HOTEL. Die Kaufleute Richter aus Mühlrödlitz und Wolff aus Schroda, Gutspächter Neumann aus Alt-Sabel, Lehrer Korn aus Jarocin und Viehhändler Klako aus Neudessau.

GOLDENER ADLER. Die Kaufleute Preis, Simon und Skowroński aus Żerkow.

DREI LILIEN. Oekonom Jesionek aus Scharzig.

ZUM LAMM. Pferdehändler Borswi aus Neustadt b. P. und Handelsmann May aus Rosenberg.

PRIVAT-LOGIS. Fräul. Jäkel aus Wüstewaltersdorf, Mühlenstr. 4.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.
Mittwoch den 3. August 1859
Vormittags 10 Uhr
soll auf dem Hofe des unterzeichneten Proviantamts eine Quantität Roggenkleie, Fußmehl, Teigabfälle und alte Bretter ꝛc. gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert werden, wozu Kauflustige hiermit eingeladen werden.
Posen, den 28. Juli 1859.
Königliches Proviantamt.

Nothwendiger Verkauf.
Königl. Kreisgericht zu Inowraclaw.
Das im Dorfe **Ciechrz** unter Nr. 7 belegene, den **Mathias** und **Clara Szmeyda**schen alias **Szmańda**schen Eheleuten gehörige Grundstück, abgeschätzt auf 5261 Thlr. 20 Sgr., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll **am 4. November 1859 Mittags 12 Uhr** an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.
Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Gerichte zu melden.
Inowraclaw, den 17. März 1859.

Nothwendiger Verkauf.
Königl. Kreis-Gericht zu Inowraclaw.
Das im Dorfe **Rzadkwin** unter Nr. 5 belegene, den **Marianna** geb. **Losik** und **Mathias Hanczewskischen** Eheleuten gehörige Grundstück, abgeschätzt auf 5159 Thlr. 10 Sgr., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll **am 2. Dezember 1859**, Vormittags 12 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.
Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihrem Anspruche bei dem Gerichte zu melden. Inowraclaw, den 26. April 1859.

In dem über das Vermögen des Maurers **Christian Möller** zu **Posen** eröffneten Konkurse ist in Stelle des bisherigen einstweiligen Verwalters, Administrators **Zobel** hierselbst, der Auktionskommissar **Lipschitz** zum einstweiligen Verwalter der Masse bestellt worden.
Posen, den 22. Juli 1859.
Königl. Kreisgericht. Abtheilung für Civilsachen.

Bekanntmachung.
In der Mühlenbesitzer **Johann Drewitz**schen Konkurssache ist der Kontroleur **Weckwerth** zum definitiven Verwalter bestellt und verpflichtet worden.
Schneidemühl, den 25. Juli 1859.
Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Konkurs-Eröffnung.
Königliches Kreisgericht zu Wollstein, erste Abtheilung,
den 26. Juli 1859 Nachmittags 6 Uhr.
Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Paul Zerbe** zu **Wollstein** ist der kaufmännische Konkurs im abgekürzten Verfahren eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 27. Juni 1859 festgesetzt worden.
Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Bureaudiätar, Aktuar **Miller** hierselbst bestellt.
Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf
den 8. August c. Vormittags 11 Uhr
vor dem Kommissarius, Herrn Gerichtsassessor **Rohrmann**, im Parteienzimmer anberaumten Termine die Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.
Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände **bis zum 15. August 1859 einschließlich** dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwanigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.
Wollstein, den 27. Juli 1859.
Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.

Holzverkaufs-Termine.
Oeffentlich meistbietender Verkauf von Eichen-, Buchen-, Birken-, Erlen-, Espen-, Kiefern-Kloben- und Knüppelholz, ferner von hart und weich Reisig und Stubben aus den verschiedenen Reviertheilen, so wie von Buchen-Nutzholzklaftern aus dem Schutzbezirke **Buchwald** findet statt:
zu Murowana Goslin am Dienstag den 16. August c. früh 9 Uhr,
zu Rogasen am Donnerstag den 18. August c. früh 10 Uhr.
Eckstelle, den 26. Juli 1859.
Der königliche Oberförster **Brehmer.**

Das Grundstück Schützen- und Langestraßenecke Nr. 5, welches sich im besten Zustande befindet, auch zu einem Geschäft sich gut eignet, ist aus freier Hand zu verkaufen.

Ein Gasthof nebst Nebengebäuden, auf einer frequenten Straße belegen, ist unter soliden Bedingungen zu verkaufen. Näheres beim Kommissionär **J. Scherek**, Markt Nr. 55.

Einige Gutspachtungen, so wie ein Gut im Preise von 60—80,000 Thlr. mit einigem Holzbestande werden gesucht und gebeten, Adressen baldigst an **M. J. Haensler & Comp.** in **Glogau**.

Zu verpachten.
Unterzeichneter beabsichtigt, sein hier in **Posen** in einem belebten Stadttheile **(Barlebenshof)** seit 30 Jahren mit gutem Erfolge betriebenes Holz- und Kohlengeschäft, womit noch ein umfangreiches Kalk-, Granitstein-, Ziegel-, Dachstein-, Dachpappen-, Getreide-, Woll- und Spiritusgeschäft verbunden werden kann, nebst einer bequemen Wohnung, Speicher und Remisen vom 1. Oktober c. auf 2 Jahr und darunter aus Gesundheits-Rücksichten zu verpachten. Das Nähere beim Eigenthümer **Barleben.**

Barlebenshof
werden wegen Aufgabe des Geschäfts englische Schmiede-Kohlen, schlesische Brennkohlen und Holzkohlen zu sehr ermäßigtem Preise verkauft.

Peru-Guano,
direkt bezogen durch Vermittelung der Agenten der peruan. Regierung, Herren **Ant. Gibbs & Sons**, empfehlen somit als
zuverlässig echt und besorgen solchen von unserem **hiesigen** und unserem **Stettiner** Lager nach allen Richtungen.
N. Helfft & Co.,
Berlin, unter den Linden Nr. 52.

Stoppelrübensamen
à **Pfund 10 Sgr.**
bei **A. Niessing** in **Poln. Lissa.**

Landwirthschaftliche Lehranstalt zu Lützschena bei Leipzig.
Das Wintersemester und zugleich der Jahreskursus beginnt am 4. Oktober c. Vorgetragen werden: Acker- und Wiesenbau, Viehzucht, Meliorations- und Baukunde vom **Direktor**, Zoologie und Botanik vom Professor Dr. **Reichenbach**, Nationalökonomie und landw. Recht von Dr. **v. Treitschke**, allgemeine Chemie, Agrikulturchemie, Physik und Mineralogie von Dr. **Heppe**, Thierheilkunde vom königl. Bezirksthierarzt **Prietsch**, Betriebslehre und technische Gewerbe von **Udo Schwarzwäller**, Feldmessen, Bonitiren, Taxiren ꝛc. vom Geometer **Stiegler.** Praktische Demonstrationen in der Rittergutsökonomie und Exkursionen. — Gesammtkosten für 1 Jahr etwa 230—40 Thlr. Gedruckte Statuten versendet auf Verlangen der Direktor **Vogeley.**

Bekanntmachung.
Im Auftrage des hiesigen königl. Kreisgerichts werde ich
Mittwoch den 3. August d. J. Vormittags 11 Uhr
in loco **Strzyżmin** 4 Stück Kühe, 2 Fersen und einen Britschkenwagen gegen gleich baare Bezahlung öffentlich meistbietend verkaufen.
Birnbaum, den 26. Juli 1859.
Holtzmann, Auktionskommissarius.

Bekanntmachung.
Im Auftrage des hiesigen königl. Kreisgerichts werde ich **am 8. August d. J. Vormittags** in **Neustadt b. P.** verschiedene gute Möbel an den Meistbietenden verkaufen.
Grätz, den 23. Juli 1859.
Grundmann.

Die Grundstücke Nr. 21 in **Lissa** und **Sandberg** Nr. 31 sind zu verkaufen. Anzahlung die Hälfte des Kaufgeldes. Selbstkäufern werden mündliche Anfragen vom Eigenthümer beantwortet. Schriftl. Ausk. wird nicht gegeben.

Meinen zu **Pudewitz** am Markt belegenen Gasthof **Hôtel de Dresde** nebst eingerichteter Bäckerei, Remise und Stallungen in gutem Zustande, beabsichtige ich, sofort unter soliden Bedingungen zu verkaufen oder auch zu verpachten.
Näheres bei mir selbst zu erfragen.
C. W. Paulmann,
Posen, Wasserstr. 4.

Wenn so viele marktschreierische Dinge angepriesen werden, und insbesondere das Edelste des Menschen — das Auge — durch derartige Anpreisungen die größte Gefahr läuft, so glaube ich, daß es Pflicht ist, das wirklich Gute und Reelle von dem Schlechten zu sondern, und dem großen Publikum das Zuverlässige vorzuführen.

Meine Augen waren bereits so schwach, daß ich kaum auf ganz kurze Distancen ein großes Schild zu lesen vermochte, und jedes Mittel, welches mir zur Abhülfe empfohlen und angewendet wurde, blieb erfolglos. Wenn ich nun auch von vielen achtbaren Seiten das Stroinskische Augenwasser außerordentlich empfehlen hörte, so war ich dennoch schwer dazu zu bewegen, solches zu benutzen, bis ich mich doch endlich zum Gebrauche dieses Wassers bequemte und zu meinem nicht geringen Erstaunen stärkte sich meine Sehkraft in wenigen Wochen derart, daß ich in weiter Entfernung Schriften zu lesen vermag, von denen ich vorher nicht das Geringste sah; demnach empfehle ich jedem Augenschwachen das Stroinskische Augenwasser aus eigener Ueberzeugung auf das Angelegentlichste, und glaube damit Vielen, die vielleicht noch im Zweifel waren, damit entgegen zu kommen.

Breslau, den 25. Juni 1859. **Rüd**, königl. Pol. Kommissarius.

Mit Genehmigung des königl. Kultus-Ministerii.
Stroinski's Augenwasser
gegen Augenschwäche, zur Augenstärkung und gegen Augenentzündungen, ist nur allein **echt** zu beziehen
in **Posen** in der Hauptniederlage bei **T. v. Lukowitz**, **Wasserstraße Nr. 22**, als auch bei **Fr. v. Gostomska**, **Wasserstraße**, bei Herrn **L. J. Meyer**, **Neuestraße**, und bei **R. Hummel**, **Breslauerstraße Nr. 40**;
ferner: in **Lissa** bei Herrn **Cassius**, in **Murowana-Goslin** bei Herrn **Hünerfus**, in **Bromberg** bei Herrn **Högewald.**

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Es werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Sonntag, 31. Juli Vorm.: Herr Pastor Schoenborn. Nachm.: Herr Oberprediger Klette.
Montag, 1. August, Abends 6 Uhr: Missionsgottesdienst: Herr Oberpred. Klette.

Ev. Petrikirche:
1) Petrigemeinde. Sonntag, 31. Juli früh 9 Uhr: Herr Konsistorialrath Dr. Göbel. Abends 6 Uhr: Herr Diakonus Wenzel.
Mittwoch, 3. August Abends 6 Uhr, Gottesdienst: Herr Diakonus Wenzel.
2) Neustädtische Gemeinde. Sonnabend, 30. Juli Nachm. 3 Uhr, Beichte: Herr Pred. Herwig.
Sonntag, 31. Juli Vorm. 11 Uhr, Hauptgottesdienst: Herr Gen. Superint. Cranz.
Freitag, 5. August Abends 6 Uhr, Gottesdienst: Herr Prediger Herwig.

Garnisonkirche. Sonntag, 31. Juli Vorm.: Herr Div. Pred. Bork.

Ev. luth. Gemeinde. Sonntag, 31. Juli, Vorm. und Nachm.: Hr. Pastor Böhringer.
Montag, 1. August Abends ½8 Uhr: Missionsstunde: Herr Pastor Böhringer.

In den Parochien der oben genannten Kirchen sind in der Woche vom 22. bis 29. Juli:
Geboren: 3 männl., 6 weibl. Geschlechts.
Gestorben: 8 männl., 2 weibl. Geschlechts.
Getraut: 1 Paar.

Familien-Nachrichten.

Das heute Nacht 1 Uhr an den Folgen einer Unterleibsentzündung und Entbindung erfolgte Ableben meiner theuren Gattin **Pauline** geb. **Müller,** zeige ich in tiefer Betrübniß Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung hierdurch ergebenst an.
Skalmierzyce, den 28. Juli 1859.
Geisler Haupt-Zollamts-Kontroleur.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verbindungen. Breslau: Lector Nachner mit Frl. J. Berendt, und Gerichts-Assessor Dobert mit Frl. M. Friedländer; Neustädtel: Apotheker Walter mit Frl. E. Pohley.

Geburten. Ein Sohn dem Frühprediger E. Röllig in Suhl, Prof. Dr. v. Kaltenborn-Stachau in Königsberg i. Pr., Pred. Lopitzsch in Alt-Damm, Grafen W. v. Schlieffen in Schlieffenberg in Mecklenburg-Schwerin, Lieut. Reinhart in Breslau, Kreisrichter John in Neustadt, Ober-Schles., Oberlehrer Dr. Schönermark in Liegnitz, eine Tochter dem Lieut. F. v. Strantz in Görlitz, Faktor Altroggen in Berlin, Hr. P. Mende in Frankfurt a. O., Grafen Borcke in Stargard, Dr. med. Liebrecht in Gleiwitz, Dr. med. Großer in Jauer, Hauptm. Haack in Breslau, Major R. v. Krosigk auf Schloß zu Treptow a. R., Pr. Lieut. Meusel in Potsdam, Stabsarzt Dr. Pesch in Berlin.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 29. Juli 1859.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	84	—	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „ „ „	98½	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	—	102¼
Preuß. 3½ „ Prämien-Anl. 1855	—	113	—
Posener 4 % Pfandbriefe	—	—	—
„ 3½ „ „	—	86	—
„ 4 „ neue „	—	—	86½
Schles. 3½ „ Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ „ „	—	—	—
Poln. 4 „ „	—	—	85⅓
Posener Rentenbriefe	—	—	89
„ 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	—	96
„ 5 „ Prov. Obligat.	—	74	—
„ Provinzial-Bankaktien	—	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	—	86½
Ausländische Banknoten	—	—	—

Roggen (p. Wispel à 25 Schfl.) höher bezahlt und animirt. Am heutigen Stichtage der Regulirungspreis pr. Juli auf 30⅓ Rt. festgestellt, gekündigt 50 Wispel, pr. Aug. 30½ bez., pr. Sept.-Okt. 30½—$\frac{7}{12}$—¾ bez.

Spiritus (pr. Tonne à 9600 % Tralles) ebenfalls in gebesserter Haltung, der festgestellte Regulirungspreis pr. Juli 15$\frac{7}{12}$ Rt., gekündigt 100 Tonnen, loko (ohne Faß) 15$\frac{11}{12}$—16$\frac{5}{12}$, mit Faß pr. Aug. 15$\frac{11}{12}$ Gd., pr. Sept. 16—$\frac{1}{12}$ bez., pr. Okt.-Nov.-Dez. 15½ bez.

Posener Marktbericht vom 29. Juli.

	von Rt	Sg	Pf	bis Rt	Sg	Pf
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	2	5	—	2	10	—
Mittel-Weizen	1	20	—	2	—	—
Bruch-Weizen	1	7	6	1	15	—
Roggen, schwerer Sorte	1	10	—	1	12	6
Roggen, leichtere Sorte	1	7	—	1	7	6
Große Gerste	1	7	6	1	9	—
Kleine Gerste	—	—	—	—	—	—
Neuer Hafer	—	22	6	—	26	—
Kocherbsen	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	16	—	—	18	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z.G.	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz.	2	10	—	1	12	6
Winterraps	2	12	6	2	13	9
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	2	—	—	2	5	—
Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z.G.	10	—	—	10	5	—
Spiritus die Tonne von 120 Qrt. à 80 % Tr. am 28. Juli	15	25	—	16	10	—
„ 29. „	15	27	6	16	12	6

Die Markt-Kommission.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 28. Juli Vorm. 8 Uhr — Fuß 0 Zoll.
„ 29. „ „ 8 „ — „ 0 „

Produkten-Börse.

Berlin, 28. Juli.

Weizen loko 40 a 72 Rt. nach Qualität.

Roggen, loko 34¾ a 36½ Rt. gef. nach Qual. p. Juli 34 Rt. bez., Juli-Aug. 34¼ a 34½ Rt. bez. u. Br., 34¼ Gd., Aug.-Sept. 34¼ a 34½ Rt. bez. u. Br., 34¼ Gd., Sept.-Okt. 36¾ a 36⅜ Rt. bez. u. Br., 36¼ Gd., p. Okt.-Nov. 36½ a 36¾ Rt. bez. u. Br., 36½ Gd., Nov.-Dez. 37 a 36¾ Rt. bez., Br. u. Gd.

Große Gerste 28 a 34 Rt.

Hafer, loko 24 a 30 Rt., p. Juli 25 a 24¾ Rt. bez., p. Juli-Aug. 24 Rt. Br., p. Aug.-Sept. — p. Sept.-Okt. 24 a 23¾ Rt. bez., 23 Br., Okt.-Nov. 23 Rt. bez., Nov.-Dez. 23 Rt. Br.

Rüböl, loko 10$\frac{5}{12}$ Rt. Br., 10¼ a 10⅓ bez., p. Juli 10⅓ Rt. bez. u. Gd., 10$\frac{5}{12}$ Br., p. Juli-August 10⅓ Rt. bez. u. Gd, 10$\frac{5}{12}$ Br., p. Aug.-Sept. 10⅓ Rt. bez. u. Gd., 10$\frac{5}{12}$ Br., p. Sept.-Okt. 10⅓ a 10½ Rt. bez. u. Br., 10$\frac{5}{12}$ Gd., Okt.-Nov. 10½ a 10⅔ Rt. bez. u. Br., 10$\frac{7}{12}$ Gd., p. Nov.-Dez. 10⅔ a 10¾ Rt. bez. u. Gd., 10⅚ Br.

Spiritus, loko ohne Faß 18⅞ Rt. bez., Juli 18⅓ a 18⅙ a 18$\frac{5}{12}$ Rt. bez. u. Gd., 18½ Br., p. Juli-Aug. 18⅓ a 18⅙ a 18$\frac{5}{12}$ Rt. bez. u. Gd., 18½ Br., p. Aug.-Sept. 18⅓ a 18⅙ a 18$\frac{5}{12}$ Rt. bez. u. Gd., 18½ Br., p. Sept.-Okt. 13$\frac{11}{12}$ a 14 Rt. bez. u. Br., 13$\frac{11}{12}$ Gd., p. Okt.-Nov. 13⅞ a 14 Rt. bez., Br. u. Gd., Nov.-Dez. 13⅞ a 13¾ Rt. bez. u. Gd., 13⅞ Br.

Weizenmehl 0. 4 a 4⅓ Rt., 0. u. 1. 3$\frac{5}{12}$ a 4$\frac{1}{12}$ Rt. — Roggenmehl 0. 3 a 3⅓ Rt., 0. u. 1. 2⅔ a 3 Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 28 Juli. Früh Morgens starker Regen, später schön, etwas bewölkt. Temperatur + 17° R. Wind: NW.

Weizen, gelb. 83/85pfd. neuer Ernte p. Okt.-Nov. 58 Rt. bez. u. Br., 57 Gd.

Roggen, loko p. 77pfd. 34½—35 Rt. bez., 77pfd. p. Juli-Aug. u. Aug.-Sept. 34 Rt. bez. u. Br., p. Sept.-Oktbr. 35 Rt. bez., Okt.-Nov. 35½ Rt. Br., p. Nov.-Dez. 35½ Rt. bez., p. Frühjahr 37 Rt. bez.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Winterrübsen, loko 62—64½ Rt. bez.

Rüböl, loko 10 Rt. Br., p. Sept.-Okt. 10$\frac{1}{12}$ Rt. Gd., p. Okt. 10¼ Rt. bez., p. Okt.-Nov. 10⅙ Rt. bez., 10¼ Br., Nov.-Dez. 10¼ Rt. bez.

Spiritus, loko ohne Faß 18¾ % bez., Juli-Aug. 18⅞ % Br., p. Aug.-Sept. 18⅞, 19 % bez. u. Gd., p. Sept.-Okt. 14$\frac{1}{12}$ Rt. bez., 14 Gd., p. Okt.-Nov. 13$\frac{11}{12}$ Rt. bez. u. Br. (Ostſ-Ztg.)

Breslau, 28. Juli. Etwas kühlere Temperatur, die trockene Dürre hält jedoch an.

Weißer Weizen 52—56—62—70—80 Sgr., gelber 43—49—60—75 Sgr., Brennerweizen 30—38 Sgr.

Roggen 40—44—47 Sgr.

Gerste 26—28—32 Sgr.

Hafer 23—29—32 Sgr.

Erbsen 45—55—58 Sgr.

Oelsaaten. Winterrübsen 65—66—67 Sgr. Winterraps 70—72—74 Sgr.

Rother Kleesamen 12½—13—13½ Rt., weißer 15½—17—18 Rt.

An der Börse. Rüböl, loko, Juli u. Juli-Aug. 9⅔ Rt., p. Sept.-Oktbr. 9$\frac{11}{12}$¼ Rt. u. Okt.-Nov. 10 Rt., sämmtlich Brief.

Roggen, p. Juli 32½ Rt. Br., p. Juli-Aug. 31 Rt. Gd., 31½ Br., Aug.-Sept. 30¾ Rt. Br. u. Gd., p. Sept.-Okt. 30¾ Rt. Br., Okt.-Nov. 30¾ Rt. bez.

Spiritus, loko 8¼ Rt. bez., 8⅛ Gd., p. Juli 8$\frac{1}{12}$ Rt. bez., p. Juli-Aug. u. Aug.-Sept. 8 Rt. Br., Sept.-Okt. 8$\frac{1}{12}$ Rt. Br., 8 Gd.

Kartoffel-Spiritus (pro Eimer à 60 Quart zu 80 % Tralles) 8⅛ Rt. Gd. (Br. Hdlsbl.)

Verzeichniß

der ankommenden und abgehenden Posten und Dampfzüge bei dem Postamte in Posen im Juli 1859.

Ankunft.

II. Perſ. Post von Nakel	5 U.	5 M.	früh.
II. Perſ. Post von Gnesen	5 „	5 „	„
Dampfzug von Kreuz (Berlin, Stettin, Königsberg)	6 „	24 „	„
I. Perſ. Post von Schwerin	7 „	50 „	„
II. „ „ „ Krotoschin	8 „	— „	Vorm.
„ „ „ Obornik	8 „	45 „	„
„ „ „ Ostrowo	10 „	— „	„
„ „ „ Züllichau	11 „	20 „	„
Dampfzug von Breslau	12 „	5 „	Nachm.
Perſ. Post von Trzemeszno	3 „	— „	„
Dampfzug von Kreuz (Berlin, Stettin, Königsberg)	5 „	32 „	„
Perſ. Post von Pleschen	6 „	— „	„
I. Perſ. Post von Gnesen	6 „	35 „	Abnds.
I. „ „ „ Nakel	7 „	40 „	„
„ „ „ Unruhstadt	7 „	45 „	„
I. „ „ „ Krotoschin	8 „	5 „	„
II. „ „ „ Schwerin	8 „	25 „	„
Dampfzug von Breslau	9 „	29 „	„
Perſ. Post von Slupce	11 „	30 „	Nachts.

Abgang.

Perſ. Post nach Slupce	12 U.	30 M.	Nachts.
Dampfzug nach Breslau	6 „	30 „	früh.
I. Perſ. Post nach Schwerin	6 „	30 „	„
„ „ „ Unruhstadt	8 „	— „	„
„ „ „ Trzemeszno	8 „	— „	„
I. „ „ „ Krotoschin	8 „	— „	„
I. „ „ „ Nakel	9 „	— „	„
„ „ „ Pleschen	10 „	30 „	Vorm.
Dampfzug nach Kreuz (Berlin, Stettin, Königsberg)	12 „	12 „	Nachm.
I. Perſ. Post nach Gnesen	1 „	30 „	„
Dampfzug nach Breslau	5 „	42 „	„
Perſ. Post nach Züllichau	6 „	45 „	„
„ „ „ Obornik	7 „	— „	Abnds.
II. Perſ. Post nach Schwerin	7 „	30 „	„
II. „ „ „ Krotoschin	8 „	— „	„
„ „ „ Ostrowo	9 „	— „	„
Dampfzug nach Kreuz (Berlin, Stettin, Königsberg)	9 „	39 „	„
II. Perſ. Post nach Nakel	10 „	30 „	„
II. „ „ „ Gnesen	11 „	— „	„

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 28. Juli 1859.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	— —
Aachen-Mastricht	4	21-20¾ bz
Amsterd. Rotterd.	4	72 bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	78½ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	111½ B
Berlin-Hamburg	4	102½ G
Berl. Potsd. Magd.	4	124½-25 bz
Berlin-Stettin	4	100 G
Bresl. Schw. Freib.	4	87¾ bz
do. neueste	4	— —
Brieg-Neiße	4	49½ bz
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	134¾-34 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	39¾ bz
do. Stamm-Pr.	4½	— —
do. do.	5	— —
Elisabethbahn	5	— —
Löbau-Zittauer	4	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	138 bz u G
Magdeb. Halberst.	4	189 B
Magdeb. Wittenb.	4	39-38½ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	— —
Mecklenburger	4	50¾-¼-½ bz
Münster-Hammer	4	— —
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	89 G
Niederschl. Zweigb.	4	— —
do. Stamm-Pr.	5	— —
Nordb., Fr. Wilh.	4	51-½-50¾ bz u G
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	119-19½ bz
do. Litt. B.	3½	111¾-12 bz
Oest. Franz. Staat.	5	151-52½ bz u G
Oppeln-Tarnowitz	4	38 G
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	55 bz
Rheinische, alte	4	83¾-½ bz
do. neue	4	— —
do. neueste	5	82½-82 bz u G
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	45½-50-49¼ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	— —
Stargard-Posen	3½	80 bz
Theißbahn	5	— —
Thüringer	4	106 B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	120 bz
Berl. Handels-Ges.	4	80 bz u B
Braunschw. Bk. A.	4	90¼ B
Bremer do.	4	94 Kl. bz
Coburg. Kredit-do.	4	60 etw bz
Danzig. Priv. Bk.	4	79¾ B
Darmstädter abgst.	4	74½-76 bz
do. Ber. Scheine	—	— —
do. Zettel-B. A.	4	88 G
Dessauer Kredit-do.	4	27¾ bz u G
Disk. Comm. Anth.	4	91½-92 bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	44¾-45 bz u B
Geraer do.	4	76 G
Gothaer Priv. do.	4	75 B
Hannoversche do.	—	89 bz
Königsb. Priv. do.	4	79½ B
Leipzig. Kredit-do.	4	63½ etw bz u G
Luxemburger do.	4	65 B
Magdeb. Priv. do.	4	79½ B
Meining. Kred. do.	4	75¼ etw bz u G
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	80 etw bz
Oestr. Kredit- do.	5	90½-92-91¾ bz
Pomm. Ritt. do.	4	80 G
Posener Prov. Bank	4	73 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	137⅜ bz
Preuß. Handls. Ges.	4	— —
Rostocker Bank-Akt.	4	— —
Schles. Bank-Verein	4	76 Kl. bz u G
Thüring. Bank-Akt.	4	49½ etw bz
Vereinsbank, Hamb.	4	97½ G
Waaren-Kred. Anth.	5	92⅜ B
Weimar. Bank-Akt.	4	89 G

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A.	5	90 B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	83 B
Hörder Hüttenv. Ak.	5	89 B ex Div.
Minerva, Bergw. A.	5	35½ B
Neustädt. Hüttenv. A.	5	9 etw -11½ bz
Concordia	4	— —
Magdeb. Feuerverf. A.	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —
do. II. Em.	4	81 B
do. III. Em.	4½	88 B
Aachen-Mastricht	4½	— —
do. II. Em.	5	— —
Bergisch-Märkische	5	— —
do. II. Ser.	5	99¼ bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	72 bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	81 B
do. II. Ser.	4½	89 G
Berlin-Anhalt	4	87½ G
do.	4½	96 bz
Berlin-Hamburg	4½	— —
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	— —
do. Litt. C.	4½	— —
do. Litt. D.	4½	95¼ G
Berlin-Stettin	4½	97 G
do. II. Em.	4	81 bz
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	98 B
do. II. Em.	5	101 G
do.	4	— —
do. III. Em.	4	— —
do.	4½	88 G
do. IV. Em.	4	79 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. III. Em.	4½	— —
Magdeb. Wittenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	89 G
do. conv.	4	89 G
do. conv. III. Ser.	4	— —
do. IV. Ser.	5	101 bz
Nordb., Fried. Wilh	4½	— —
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	78¾ B
do. Litt. D.	4	84-¼ bz
do. Litt. E.	3½	72 G
do. Litt. F.	4½	87¼ G
Oestreich. Französ.	3	252 bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	— —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	81 G
do. v. Staatgarant.	3½	77¾ G
Ruhrort-Crefeld	4½	— —
do. II. Ser.	4	— —
do. III. Ser.	4½	— —
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	90¼ G
Thüringer	4½	101 bz
do. III. Ser.	4½	98 bz
do. IV. Ser.	4½	95 B

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	98 G
Staats Anleihe 1859	5	103 bz
do.	4½	98 bz
do. 1856	4½	98 bz
do. 1853	4	92 G
N. Präm-St-A 1855	3½	115½ G
Staats-Schuldsch.	3½	83½ bz
Kur-u Neum. Schldv	3½	— —
Berl. Stadt-Oblig.	4½	— —
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	85 bz
do.	4	94½ bz
Ostpreußische	3½	— —
Pommersche	3½	84¾ bz
do.	4½	95¼ B
Posensche	4	— —
do.	3½	86 G
do. neue	4	86 bz
Schlesische	3½	84¼ G
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	81 bz
do.	4	88¼ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	91⅞ G
Pommersche	4	91½ bz
Posensche	4	88½ bz
Preußische	4	89½ G
Rhein- u. Westf.	4	93 B
Sächsische	4	91¼ bz
Schlesische	4	90¼ G

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	63 bz
do. National-Anl.	5	67½-⅜ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	91½ G
do. neue 100fl. Loose	—	52½ G
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	100 G
6. do.	5	106½ G
Englische Anl.	5	108 G
Poln. Schatz-O.	4	82½ G
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	92½ B
do. B. 200 Fl.	—	21½ etw bz
Pfdbr. u. in SR.	4	85½ bz
Part. O. 500 Fl.	4	87 G
Hamb. Pr. 100 BM	—	77 G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	39¾ B
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30¼ B
Dessau. Präm. Anl.	3½	85 etw bz u B

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 1½ G
Louisd'or	—	108½ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	451 bz
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 20 bz
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ bz
Fremde Banknot.	—	Reg.-Sch. 98½-[95½ bz
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅞ bz
Fremde kleine	—	97 G
Oestr. Banknoten	—	— — NW. 83½ u [84 bz
Poln. Bankbillet	—	86½ G
Bank-Disk. f. Wechs	—	4 %

Wechsel-Kurse vom 28. Juli.

Amsterd. 250 fl. kurz	—	141⅞ bz
do. 2 M.	—	141⅛ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	—	150⅛ bz
do. do. 2 M.	—	149¾ bz
London 1 Lstr. 3 M.	—	6. 16¾ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	—	78⅔ bz
Wien öst. W. 2 M.	—	82⅔ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	—	56. 22 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	—	99⅝ G
do. do. 2 M.	—	99⅓ G
Frankf. 100 fl. 2 M.	—	56. 24 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	—	95¾ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	—	107¾ G
Warschau 90 R. 8 T.	—	86¾ B

An der heutigen Börse war das Geschäft im Ganzen nur beschränkt, obgleich belangreicher als gestern; am Schlusse trat wieder Festigkeit ein.

Breslau, 28. Juli. Heute sehr bedeutende Steigerung aller Spekulationspapiere, besonders der östreichischen.
Schlußkurse. Diskonto-Commandit-Antheile —. Darmstädter Bankaktien —. Oestr. Kredit-Bankaktien 88½—90¾ bez. u. Gd. Schlesischer Bankverein 76½ Gd. Posener Bankaktien —. Meininger —. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 87¾ Br. dito 3. Emiss. —. dito Prioritäts-Oblig. 83¼ Br. dito Prior. Oblig. 87¾ Br. Neisse-Brieger 50½ Br. Oberschlesische Lit. A. u. C. 118¾ Gd. dito Lit. B. 113¼ Br. dito Prioritäts-Obligat. 84 Gd. dito Prior. Oblig. 87⅙ Gd. dito Prior. Oblig. 72¾ Br. Oppeln-Tarnowitzer 38¾ Br. Rheinische —. Wilhelmsbahn (Kosel-Oderberg) 40½ Br. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Pr. Obl. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.